

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der 2. und 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2014/2015 vom 23. Juni 2014

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 21.50 Uhr

Vorsitz: B. Günthard Fitze (EVP)
Protokoll: K. Lang
Entschuldigt: keine

Traktanden

Trakt. Nr. **Gesch. Nr.** **Geschäftstitel**

- 1.* Protokoll der 24./25. Sitzung
- 2.* 14/057 Dringliche Interpellation R. Keller (SVP) betreffend Schliessung Poststelle am Obertor
3. 14/050 Wahl von drei Mitgliedern in die Kunstkommission für die Amtsdauer 2014/2018
4. 14/051 Wahl von vier Mitgliedern in die Theaterkommission für die Amtsdauer 2014/2018
5. 14/052 Wahl von drei Delegierten in den Zweckverband RWU für die Amtsdauer 2014/2018
6. 14/053 Wahl von zehn Mitgliedern in die Sozialhilfebehörde für die Amtsdauer 2014/2018
7. 14/054 Wahl von vier Mitgliedern in die Aufsichtskommission Berufsvorbereitungsjahre (BVJ) für die Amtsdauer 2014/2018
8. 14/055 Wahl von vier Mitgliedern in die Aufsichtskommission Mechatronik Schule Winterthur (msw) für die Amtsdauer 2014/2018
- 9.* 14/047 Neubestellung des Wahlbüros für die Amtsdauer 2014- 2018
- 10.* 14/033 Abnahme der Jahresrechnung
- 11.* 14/056 Tätigkeitsbericht Finanzkontrolle 2013
- 12.* 14/049 Ombudsstelle Winterthur; Jahresbericht 2013
- 13.* 14/048 Tätigkeitsbericht 2013 des Datenschutzbeauftragten

14. 14/045 Neuerlass der Verordnung über die Abgabe von Gas
- 15.* 14/018 Antrag und Bericht zum Budgetpostulat M. Zeugin (GLP), D. Oswald (SVP) und St. Feer (FDP) betreffend mehr Transparenz beim Voranschlag dank einer Übersicht über die Festlegung der Ausgaben pro Produktgruppe
- 16.* 14/019 Antrag und Bericht zum Budgetpostulat M. Zeugin (GLP) und D. Oswald (SVP) betr. mehr Transparenz beim Voranschlag dank einer Übersicht über die Mittelherkunft pro Produktgruppe
- 17.* 13/115 Begründung des Beschlussantrags M. Zeugin (GLP), M. Wenger (FDP), D. Oswald (SVP) und M. Baumberger (CVP) betr. Spezialkommission für gesunde Stadtfinanzen
- 18.* 12/085 Postulat Ch. Magnusson (FDP) und R. Keller (SVP) betr. Identifizierung gegenüber Blinden
- 19.* 13/059 Begründung der Motion St. Feer (FDP), H. Keller (SVP), K. Cometta (GLP/PP) und F. Albanese (CVP) betr. Verzicht auf Stadtgärtnerei als eigenständige Organisationseinheit
20. 12/118 Beantwortung der Interpellation K. Cometta (GLP/PP), B. Baltensberger (SP), D. Berger (Grüne/AL) und B. Günthard Fitze (EVP) betr. Mehr Diversität bei der Rekrutierung der Stadtpolizei
21. 13/090 Begründung des Postulats F. Landolt (SP), A. Steiner (GLP/PP), B. Günthard Fitze (EVP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. Parkierungsregime Wartstrasse / Eulachhallen und weiteres Umfeld
22. 13/035 Beantwortung der Interpellation O. Seitz (SP) betr. „Soll die Stadt weiterhin Leistungen für Nicht-Winterthurer/innen subventionieren?“
23. 13/102 Begründung der Motion K. Cometta-Müller (GLP/PP) und D. Berger (Grüne/AL) betr. Baurecht statt Landverkäufe von städtischem Land
24. 12/094 Antrag und Bericht zur Motion B. Meier (GLP/PP), M. Wenger (FDP), H. Keller (SVP) und M. Baumberger (CVP) betr. Einführung einer langfristigen Investitionsplanung
25. 13/016 Beantwortung der Interpellation D. Schraft (Grüne/AL) betr. Strassenlärminderung
26. 13/057 Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP), M. Baumberger (CVP) und D. Oswald (SVP) betr. Anpassungen in der Bewilligungspraxis für Parkplätze aufgrund neuer Erkenntnisse
27. 12/086 Antrag und Bericht zur Motion B. Meier (GLP/PP), F. Landolt (SP), J. Altwegg (Grüne/AL), L. Banholzer (EVP) und D. Schneider (FDP) betr. schnellere energetische Erneuerung der Gebäude
28. 12/072 Antrag und Bericht zur Motion Ch. Ulrich (SP), B. Günthard Fitze (EVP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. Gestaltungsplan mit gemeinnützigem Wohnanteil
29. 12/073 Antrag und Bericht zur Motion Ch. Ulrich (SP), N. Gugger (EVP), Ch. Griesser (Grüne/AL) und B. Meier (GLP/PP) betr. Erhaltung der Gartenstadt-Quartiere

(* an dieser Sitzung behandelte Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B12/150 CEKA geb. MUSTAFI Idije, geb. 1974, mazedonische Staatsangehörige
2. B13/012 THANGANAYAGAM Suganthiran, geb. 1970, und Ehefrau SUGANTHIRAN geb. SIVAPATHALINGAM Shanthavathani, geb. 1974, mit Kindern SUGANTHIRAN Shilbiya, geb. 1998, und SUGANTHIRAN Samjutha, geb. 2006, srilankische Staatsangehörige
3. B13/118 ALIJI Bujar, geb. 1973, mit Kindern Raonar, geb. 2010, und Erina, geb. 2011, mazedonische Staatsangehörige
4. B13/146 CRUZ José Alberto, geb. 1976, und Ehefrau MARTINS TEIXEIRA CRUZ geb. MARTINS TEXEIRA Vera Lucia, geb. 1980, mit Kindern TEIXEIRA CRUZ Diego, geb. 2005, und TEIXEIRA CRUZ Leandra, geb. 2008, portugiesische Staatsangehörige
5. B13/148 FRA Guido Ivan, geb. 1956, und Ehefrau FRA geb. ERMUSMULA Kadriye, geb. 1959, italienische Staatsangehörige
6. B13/150 MAHMUD Ali, geb. 1974, und Ehefrau SHEIKHO Snober Jangir, geb. 1972, mit Kindern MAHMUD Agrin, geb. 2005, und MAHMUD Lorin, geb. 2007, irakische Staatsangehörige
7. B13/152 ROSSBUND Patrick, geb. 1983, deutscher Staatsangehöriger
8. B13/153 SAE-NGOW Siwalai, geb. 1984, thailändische Staatsangehörige
9. B13/154 SALIHAGIC geb. SEFEROVIC Lidija, geb. 1975, bosnischherzegowinische Staatsangehörige
10. B13/156 TORRESANI Evelina Sonia, geb. 1963, italienische Staatsangehörige
11. B13/161 RUSTEMI Muhamed, geb. 1991, mit Kind Jusra, geb. 2011, mazedonische Staatsangehörige
12. B13/163 XU Weiping, geb. 1962, und Ehefrau CHEN Hong-Qun, geb. 1962, österreichische Staatsangehörige
13. B13/169 PICCIRILLO Franco, geb. 1986, italienischer Staatsangehöriger
14. B13/170 UGRINIC Dalibor, geb. 1988, serbischer Staatsangehöriger
15. B13/171 UTESCH Martin Siegfried, geb. 1967, und Ehefrau UTESCH geb. SIEGLING Doris Ruth, geb. 1972, mit Kindern Michelle Hanna, geb. 2002, und Isabelle Franziska, geb. 2006, deutsche Staatsangehörige
16. B13/172 ALITI Hajriz, geb. 1963, kosovarischer Staatsangehöriger
17. B13/184 YENTAR Saban, geb. 1977, und Ehefrau YENTAR Binevs, geb. 1982, mit Kindern Dilber, geb. 1998, Roni, geb. 2005, Derya, geb. 2008, und Diren, geb. 2008, türkische Staatsangehörige
18. B14/070 KARATAS Firat, geb. 2000, türkischer Staatsangehöriger

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze begrüsst zur 2. und 3. Sitzung im Amtsjahr 2014/2015.

Mitteilungen

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Pünktlich zur 1. Ratssitzung im neuen Amtsjahr wurde eine neue Mikrofonanlage installiert. Die Volksinitiative 2012/045 zur demokratischen Kontrolle von Überwachungseinheiten, eingereicht von der Piratenpartei und der AL, wurde zurückgezogen. Damit kann das Geschäft abgeschrieben werden und ist erledigt.

Der Fotograf Peter Schönenberger macht heute Fotos für das Internet, das Intranet und die Seite des Grossen Gemeinderates.

Der Fotograf des Landboten, Marc Dahinden, lässt für die speditive Fotosession vom 12. Mai 2014 danken.

Im Ratssaal wurden diverse Steckdosen installiert. Ratspräsidentin B. Günthard Fitze hofft, dass damit alle Computer eingesteckt werden können.

Die Ratspräsidentin gratuliert Ch. Leupi herzlich zum Geburtstag und wünscht ihr alles Gute.

Fraktionserklärung

M. Wenger (FDP): Eine aufregende Geburtstagswoche: Die FDP dankt für den schönen Festanlass – die Klangwolke. Anfang Woche war der Stadtrat mutig. Er hat es mit der Ankündigung von Lohnkürzungen und Steuererhöhungen geschafft, sich überall unbeliebt zu machen. Auch bei der FDP. Anstatt über Lohnkürzungen zu diskutieren, hätte er über das Stellenwachstum in der Stadtverwaltung reden sollen. Es ist bekannt, dass seit 2007 ganze 300 Stellen neu geschaffen wurden. Die Lohnsumme beträgt ca. 30 Millionen. Mit etwas mehr Zurückhaltung wäre ein Teil der Mehrkosten, über die jetzt diskutiert wird, gar nicht generiert worden. Balance ist das neue Wort für Hoffnung. Die neue grosse Reorganisation wurde vom bürgerlich verstärkten Stadtrat erkämpft. Aber es fehlt etwas die Orientierung – wo steht die Stadt im Moment. An der Klangwolke hat M. Wenger vor allem der Pressluftbohrer gefallen, der zeigt, dass gearbeitet wird. Gefallen hat der FDP auch die Mitteilung betreffend Fusion von Feuerwehr und Zivilschutz – eine wunderbare Win-win-Situation. Die Kostenentwicklung muss die Stadt in den Griff bekommen. Aktuell wird das Kulturkonzept ausgearbeitet. Leider ist nichts aus dem Sozialdepartement zu hören. Der Geldabfluss ist riesig, unheimlich riesig. Die Sozialkosten explodieren geradezu. Von knapp 400 Millionen 2012 auf 416,5 Millionen 2013. Das sind 10 Millionen mehr als budgetiert oder 16,5 Millionen mehr als vor einem Jahr. Jeder zweite Steuerfranken, den die Stadt einnimmt, wird für die Deckung der Sozialkosten benötigt. 6 Departemente sparen und eines verbraucht alles wieder. Tschüss effort14+. Die FDP wünscht, dass das Sozialdepartement spürbar aktiv wird und zur Verbesserung der Finanzen beiträgt.

Stadträtin Y. Beutler: Es waren keine schönen Nachrichten, die zu Beginn der Jubiläumsfeier überbracht werden mussten. Aber es waren notwendige Informationen. Der Stadtrat wollte aufzeigen, wie es mit den Stadtfinanzen weitergeht. Er wollte über die Pläne informieren, über die kurzfristige Perspektive und darüber, warum ein Übergangsbudget für 2015 geplant ist. Der Stadtrat benötigt diese Zeit, um ein Entlastungsprogramm für 2016 aufzugleisen. Das Gesamte soll im Kontext der Finanzstrategie stehen, die der Stadtrat vorläufig verabschiedet hat. Das sind die guten Nachrichten hinter den schlechten Nachrichten. Der Stadtrat weiss, wie es weitergehen soll.

Die Mehrkosten durch das Stellenwachstum wurden erwähnt. Wenn man ausschliesslich diese Zahlen in Betracht zieht und vergisst, was in den Vorjahren passiert ist und was der Gemeinderat bewilligt hat, erscheint das Wachstum gross. Was dabei nicht berücksichtigt wird, ist das Stellenwachstum im gebührenfinanzierten Bereich und die refinanzierten Stel-

len. Das betrifft zum Beispiel das Stellenwachstum im Steueramt oder im Bereich Scancenter, mit dem die Stadt einen Gewinn erwirtschaften kann. Man kann nicht ausschliesslich die Zahlen betrachten und vergessen, was in den Vorjahren passiert ist. Ein grosses Wachstum wurde durch die Überführung des Reinigungspersonals in den ordentlichen Stellenplan verursacht. Ein Wachstum hat tatsächlich stattgefunden, aber die Stadt hat auch neue Aufgaben zu bewältigen. Die Mehrkosten im Sozialdepartement wurden in einem Bericht dargelegt, den alle Ratsmitglieder erhalten haben. Im Bericht des Regierungsrates, mit dem er die finanzielle Situation der Stadt Winterthur beurteilt hat, steht, dass die Kosten im sozialen Bereich von der Stadt nicht beeinflusst werden können. Das betrifft nicht die Abwicklung, sondern die Auszahlungen und somit den grössten Teil der Kosten. Genauso müssten die Ratsmitglieder Stadträtin Y. Beutler persönlich dafür verantwortlich machen, dass die Stadt weniger Steuereinnahmen hat. Diesen Vorwurf hat die Stadträtin glücklicherweise noch nie gehört. Stadtrat N. Galladé kann ebenfalls nichts dafür, dass er Auszahlungen tätigen muss, weil jemand einen Rechtsanspruch auf eine Leistung hat, der auf Bundesebene oder auf kantonaler Ebene geregelt ist. Stadträtin Y. Beutler kann letztlich nichts dafür, dass die Steuereinnahmen zurückgehen, unter anderem aufgrund von Änderungen im Kanton. Der Unmut über diese Entwicklung ist generell zu spüren. Es ist sehr frustrierend, zu sparen. Die Stadt hat das grösste Sparprogramm durchgeführt, das jemals umgesetzt worden ist. Bei den gesetzlichen Kosten musste jedoch ein Wachstum in Kauf genommen werden, das von der Stadt finanziert werden muss. Letztlich führt das von einem Programm zum andern. Genau diese Spirale versucht der Stadtrat zu durchbrechen mit einem gestaffelten und strategischen Vorgehen, das gewählt wurde für die Jahre 2015, 2016 und für eine langfristige Perspektive.

S. Stierli (SP), persönliche Erklärung: Die Budgetdebatte für das nächste Jahr soll nicht vorgezogen werden. Trotzdem möchte S. Stierli sich zum Votum M. Wenger (FDP) äussern. Er suggeriert, dass erst der neu gewählte, bürgerliche Stadtrat reagiert hat und die Finanzprobleme lösen will. Das will S. Stierli richtigstellen. Im Namen der SP-Fraktion dankt er der Finanzvorsteherin Y. Beutler ausdrücklich. Sie leistet eine enorme Arbeit, um die Finanzen der Stadt ins Lot zu bringen. Sie hat das Programm Balance und die langfristige Finanzstrategie bereits lange vor den Wahlen aufgegleist. Die SP war nicht erfreut, als der Stadtrat das Sparprogramm vorgelegt hat. Einzelne Massnahmen machen ihr Bauchweh. Die Lohnkürzungen sind schlimm, ebenso die Streichung von Gemeindegzuschüssen. Das muss aber nicht heute diskutiert werden. Im Rahmen der Budgetdebatte wird die SP alles daran setzen, ein Gleichgewicht zu finden. Dem Personal heute mit Stellenstreichungen zu drohen, ist nicht besonders sinnvoll. Das Personal soll nicht demotiviert werden, weder mit angedrohten Lohnkürzungen noch mit Stellenstreichungen. S. Stierli ist nicht sicher, was das Personal besser finden wird – weniger Lohn oder Stellenkürzungen, die doppelte Arbeit zum gleichen Lohn bedeuten würden. Der Gemeinderat muss das Paket, das der Stadtrat vorgeschlagen hat, dann prüfen, wenn mehr Zahlen vorliegen.

Persönliche Erklärungen

Rückzug des Postulats betreffend Identifizierung gegenüber Blinden

Ch. Magnusson (FDP) möchte Traktandum 18, Geschäft 2012/085, Postulat betreffend Identifizierung gegenüber Blinden, das er zusammen R. Keller (SVP) eingereicht hat, zurückziehen und von der Traktandenliste absetzen. Das aus folgenden Gründen: Die Postulanten haben das Postulat im Detail mit dem Stadtrat diskutiert und sind zur Ansicht gekommen, dass es keinen Sinn macht, das Postulat durchzudrücken. Es ist zwar bei der Einreichung auf eine breite Unterstützung gestossen und auch der Stadtrat hat das Anliegen sehr gerne aufgenommen, weil damit offensichtlich ein Thema angeschnitten wurde, das bisher kaum behandelt wurde; Nämlich das Problem, wie sich die städtischen Angestellten gegenüber sehbehinderten oder blinden Personen identifizieren können. Der Stadtrat hat in der Zwischenzeit Kontakt mit dem Schweizerischen Blinden- und Sehbehindertenverband in Bern aufgenommen. Der Verband hat abgeklärt, wie eine Identifizierung stattfinden könnte.

Er hat drei Varianten geprüft: Die Schaffung von geeigneten Ausweisen, ein städtisches Legitimationsschreiben oder die Legitimation via Telefonzentrale. Alle drei Varianten haben sowohl positive wie auch negative Auswirkungen. Fakt ist, dass alles was zu einer eindeutigen Identifizierung führen würde viel zu teuer, zu aufwändig und zu umständlich wäre. Aus diesem Grund möchten die Postulanten davon absehen, dem Stadtrat diesen sehr teuren Auftrag zu erteilen – nicht zuletzt aufgrund der angespannten Finanzlage. Die Postulanten nehmen ausserdem zur Kenntnis, dass man mit einem Legitimationsschreiben oder mit einer geeigneten Telefonnummer dieses Anliegen einfach und unbürokratisch erledigen werden kann. Die Postulanten sind erfreut, dass die Stadt allfällige Probleme in Zukunft niederschwellig lösen kann, deshalb ziehen sie das Postulat zurück.

Alkoholtest für Busfahrer

M. Wäckerlin (PP) nimmt mit Befremden zur Kenntnis, dass der Stadtrat seinen Angestellten offenbar dermassen misstraut, dass er obligatorische Alkoholtests für Buschauffeure einführen will. Eine vernünftige Personalpolitik wäre es, wenn man Chauffeure einstellen würde, denen man vertraut und zu denen die Vorgesetzten eine gute Beziehung haben, so dass man auch ohne Kontrollwahn sicher sein kann, dass niemand in Winterthur angetrunken ein öffentliches Fahrzeug bedient. Das betrifft nicht nur die Buschauffeure. Die Totalüberwachung des eigenen Personals ist keine Strategie eines guten und verantwortungsbewussten Arbeitgebers. Daher ist M. Wäckerlin überzeugt, dass diese Schnapsidee nur eine Zeitungsente war und der Stadtrat sich wichtigeren Themen zuwenden kann, statt seine Zeit auf solchen Unsinn zu verschwenden.

Stadtrat M. Gfeller: Die Erfahrung hat gezeigt, dass in gewissen Fällen die Kontrolle durchaus notwendig sein kann. Stadtrat M. Gfeller wäre allenfalls bereit Details in einer Kommission oder bilateral bekannt zu geben, weil es sich um eine heikle personalpolitische Massnahme handelt. Diese wurde mit den Gewerkschaften diskutiert. Letztlich dienen Kontrollen auch dem Schutz der Buschauffeure, die zurecht von M. Wäckerlin gelobt wurden.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Traktandenliste: Die Traktanden 3 bis 8 werden erst an der Sitzung vom 30. Juni 2014 behandelt, weil noch nicht ganz klar ist, wer in den Kommissionen Einsitz nehmen soll. Die Ratspräsidentin bittet die IFK in der kommenden Woche diese Pendeuz zu erledigen, damit die Kommissionsmitglieder am nächsten Montag gewählt werden können. Traktandum 14, Neuerlass über die Abgabe von Gas, wird erst am 30. Juni behandelt. Das Traktandum 24, Antrag und Bericht zur Motion betreffend Einführung einer langfristigen Investitionsplanung, ist fälschlicherweise auf die Traktandenliste gesetzt worden. Die Vorlage muss noch in der Aufsichtskommission vorberaten werden. Traktandum 27, Antrag und Bericht zur Motion betreffend Erhaltung der Gartenstadt-Quartiere wird ebenfalls von der Traktandenliste abgesetzt. Die Vorlage wird noch in der Sachkommission Bau und Betriebe vorberaten. Die Ratspräsidentin stellt fest, dass keine Einwendungen gemacht werden.

Dringliche Interpellationen: Die Behandlung der Dringlichen Interpellation betreffend Schliessung Poststelle Obertor und der Dringlichen Interpellation betreffend finanzielle Leistung an die Biorender AG ab 1. Juli 2014 ist im Traktandum 2 vorgesehen.

1. Traktandum

Protokoll der 24./25. Sitzung

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Rats-

präsidentin stellt den Antrag, die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen. Ein Dank geht an die Protokollführerin.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2014/057: Dringliche Interpellation R. Keller (SVP) betreffend Schliessung Poststelle am Obertor

R. Keller (SVP): Es ist klar, dass nicht die Stadt über die Schliessung der Post am Obertor bestimmt. Dennoch verlangt die Dringliche Interpellation, dass sich der Stadtrat dafür einsetzt, dass die Postfiliale im oberen Teil der Altstadt bestehen bleibt. Eine Postfiliale im Bereich Obertor ist für das Publikum sowie für die Geschäfte der Altstadt von zentraler Bedeutung. R. Keller denkt vor allem auch an die unzähligen Postfächer. Das Einzugsgebiet der Post beschränkt sich nicht nur auf die Altstadt, sondern auch auf die angrenzenden Quartiere. Ein Verzicht auf eine Poststelle widerspricht auch den vom Stadtrat publizierten Vorstellungen in Bezug auf die Stadtentwicklung und das Verkehrskonzept. Im Zusammenhang mit Fokus werden immer wieder die Schlagwörter Effizienz und Zeitersparnis ausgesprochen. Die Stadt soll diese beiden Privilegien nicht nur für sich in Anspruch nehmen. Auch das Gewerbe sowie die Bürger haben ein Anrecht auf diese Privilegien. Die Schliessung der Postfiliale ist für das Gewerbe sowie für die Bürger der umliegenden Quartiere mit grossem zeitlichem Mehraufwand verbunden, wenn die Postfiliale am Bahnhofplatz aufgesucht werden muss. R. Keller bittet um Unterstützung der Dringlichen Interpellation.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Für eine dringlich Erklärung muss die Mehrheit des Rates zustimmen. Es sind 60 Ratsmitglieder anwesend. Die Mehrheit beträgt 31 Stimmen. Die Ratspräsidentin lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit zu.

Stadtpräsident M. Künzle: Als die Post mitgeteilt hat, dass die Filiale am Obertor geschlossen werden soll, hat der Stadtrat sofort Kontakt aufgenommen. Er hat mehrere Gespräche geführt und auf die Post massiv Druck ausgeübt, damit sie von diesem Ansinnen ablässt. Letztendlich hat der Stadtrat auf einer Agenturlösung bestanden, nachdem absehbar war, dass sich die Schliessung der Postfiliale am Obertor nicht abwenden lässt. Dieser Agenturlösung hat die Post zugestimmt. Wenn man die Geschichte der Post am Obertor betrachtet, hat der Stadtrat die beste Lösung herausgeholt, die möglich war. Es ist eine Tatsache, dass die Post Millionen in die Hauptpost beim Bahnhof gesteckt hat. Diese Poststelle ist zudem nicht allzu weit weg vom Obertor. Letztendlich macht die Post mit der Schliessung der Filiale Obertor nichts anderes als Effizienz zu schaffen, wenn man die Sache betriebsintern betrachtet. Die Haltung des Stadtrates wurde auch beeinflusst, weil die Post über die geplanten Investitionen in Winterthur informieren konnte. Sie wird den Service Public in Winterthur nicht reduzieren, sondern ausbauen. Die Post ist aber noch nicht soweit, dass sie die Pläne veröffentlichen könnte. Stadtpräsident M. Künzle nimmt diese Information vorweg, damit man die Agenturlösung beim Obertor besser verstehen kann. Es ist nicht so, dass die Post nichts macht. Der Stadtrat hat mit guten Verhandlungen herausgeholt was möglich war.

Dringliche Interpellation, Geschäft 2014/058, betreffend Finanzielle Leistungen an die Biorender AG ab 1. Juli 2014

F. Helg (FDP): Die Ermächtigung an den Stadtrat für die finanziellen Leistungen an Biorender AG, die an der Volksabstimmung erteilt wurde, läuft am 30. Juni 2014 ab. Es wurde eine Vorlage an den Grossen Gemeinderat in Aussicht gestellt, mit der die weitere Finanzierung dargelegt werden soll. Diese Weisung ist noch immer ausstehend. Deshalb ist es heute von

Interesse und auch dringlich, eine Antwort zu erhalten, ob und wie Biorender AG von Winterthur über den 30. Juni 2014 hinaus finanziert wird. Gerade angesichts dessen, dass das Unternehmen zurzeit in finanziellen Schwierigkeiten steckt.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit deutlicher Mehrheit zu.

Stadtrat M. Gfeller: Der Stadtrat wird diese Antwort schriftlich geben. Die Dringliche Interpellation kann heute in einer Woche, am 30. Juni, behandelt werden. Stadtrat M. Gfeller betont, dass die Verzögerungen auch damit zusammenhängen, dass drei Rekurse vor dem Bezirksrat hängig waren. Das hat die Zeit vom November 2013 bis im April 2014 belegt. Der Stadtrat wäre nicht gut beraten gewesen, eine Weisung an den Gemeinderat zu schreiben, ohne zu wissen was der Bezirksrat dazu meint. Stadtrat M. Gfeller dankt für die Kenntnisnahme. Die schriftliche Antwort wird folgen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Das Traktandum wird am nächsten Montag erneut behandelt. Die Traktanden 3 bis 8 werden ebenfalls am 30. Juni 2014 behandelt.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2014/047: Neubestellung des Wahlbüros für die Amtsdauer 2014- 2018

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Der Stadtrat schlägt 708 Mitglieder zur Wahl vor. In der Weisung sind die Mitglieder aufgelistet. Die Ratspräsidentin stellt fest, dass keine Anträge eingegangen sind. Damit sind 708 Mitglieder des Wahlbüros, gemäss Vorschlag des Stadtrates, gewählt.

Stadtpräsident M. Künzle bedankt sich herzlich bei den Frauen und Männern, die sich für das Amt gemeldet haben und sich zur Verfügung stellen. Sie erbringen damit einen Dienst an der Gesellschaft. Es ist erfreulich, dass es immer wieder gelingt so viele Leute zu finden. Für den einen oder anderen ist das auch ein willkommener Zusatzverdienst, wenn er Samstag und Sonntag seinen Einsatz leisten kann. Die Stadt muss froh sein, dass sich Leute bereit erklären, mitzumachen.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2014/033: Abnahme der Jahresrechnung

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Die Abnahme der Jahresrechnung und der Geschäftsbericht werden zusammen behandelt. Der Geschäftsbericht wurde in die Rechnung integriert. Das Drehbuch für die Beratung der Rechnung liegt den Ratsmitgliedern vor.

Eintreten

A. Steiner (GLP/PP): Die Aufsichtskommission (AK) ist als Kommission verantwortlich für die Abnahme der Gesamtjahresrechnung. Ein grosser Teil wird aber in den Sachkommissionen besprochen. Entsprechend müsste die letzte Sitzung der Aufsichtskommission eine Konsolidierungssitzung aller Kommissionssitzungen sein, die vorher stattgefunden haben. Sprich, der Zeitplan muss so eingerichtet werden, dass die Kommissionssitzungen zur Abnahme der Rechnung oder zur Genehmigung des Budgets eine Sitzung vor der letzten Sitzung der AK stattfinden. Aus Sicht von A. Steiner ist es wichtig, dass eine Konsolidierung stattfinden kann. Aus dem nachfolgenden Bericht wird ersichtlich, dass A. Steiner zu gewis-

sen Themen keine Stellung nehmen kann. Das werden die Kommissionsmitglieder ergänzend übernehmen.

Rechnung: Die Aufsichtskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig auf die Rechnung 2013 einzutreten. Die AK und die Sachkommissionen haben die Rechnungen und den Geschäftsbericht im zugeteilten Sachbereich geprüft. Die Kommissionen haben keine Anträge gestellt, Teile der Rechnung nicht abzunehmen. Im Erläuterungsbericht vom 15. Mai 2014 empfiehlt die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur die Jahresrechnung zu genehmigen. Der Bericht beinhaltet keine schwerwiegenden Beanstandungen, die zu einer Nichtabnahme der Rechnung führen müssten. An dieser Stelle bedankt sich A. Steiner herzlich bei den Mitgliedern der Finanzkontrolle, allen voran bei Sandra Berberat, die neu im Amt ist. Die Finanzkontrolle musste einen grossen Aufwand betreiben, um Rechnung abnehmen zu können und um die gesetzlichen Vorgaben in die Rechnungsabnahme zu integrieren. Ebenfalls bedankt sich A. Steiner bei den Mitarbeitenden der Stadt, die diese Daten zusammengetragen, die dicken Bücher zusammengestellt und den Kommissionen Rechenschaft abgelegt haben.

Die laufende Rechnung schliesst ab mit 1'465'213'656 Franken Bruttoaufwand und 1'466'928'761 Franken Bruttoertrag mit einem Ertragsüberschuss von 1'715'105 Franken. Dieser Betrag wird dem Eigenkapital gutgeschrieben. Bei einem budgetierten Gewinn von mehr als 8 Millionen entspricht das einem um 6,5 Millionen schlechteren Ergebnis als geplant. A. Steiner verzichtet an dieser Stelle auf die Wiedergabe der detaillierten Begründungen, die in der Weisung enthalten sind. Sie will lediglich auf einige wenige Aspekte eingehen: Am augenfälligsten ist der Betrag, von dem heute bereits die Rede war. Die Sozialhilfeauslagen steigen stetig. Zu diesem Punkt wird A. Steiner zu einem späteren Zeitpunkt Stellung nehmen. Die Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen verzeichnet Bruttoausgaben von 266'604'330 Franken und Bruttoeinnahmen von 33'373'152 Franken, was einer Nettoinvestition von 233'231'178 Franken entspricht. Im Allgemeinen Verwaltungsvermögen beträgt die Nettoinvestition rund 79 Millionen gegenüber dem Vorjahr mit 83 Millionen. Das ist ein guter Betrag. Es handelt sich um viel Geld, das aufgenommen werden muss. Trotzdem ist es richtig, dass die Stadt keinen Investitionsstau riskiert, mit dem sie letztendlich nicht mehr zurechtkommen kann. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 2'264'624'343 Franken. Das ist ein extrem hoher Betrag. Die Stadt ist eine riesige Unternehmung. Das Eigenkapital beträgt leider lediglich 29'721'735 Franken.

Der Geschäftsbericht wurde neu in die Rechnung integriert. Er ist unterteilt in den Geschäftsbericht des Stadtrates und die Geschäftsberichte aus den Departementen und beinhaltet auch ausführliche Kommentare zu den einzelnen Produktgruppen. Zudem sind gewisse Informationen und Grafiken auf der Website zu finden. In der AK wurden die Informationen zu allen Produktgruppen als genug gut beurteilt, ganz im Gegensatz zur Sachkommission Bau und Betriebe (BBK). In der BBK haben mehrere Votanten die Ausführungen als zu wenig ausführlich beurteilt und zwar nicht im Prosatext, sondern primär in Bezug auf die Grafiken, Statistiken und Zeitreihen. Dem muss der Stadtrat im nächsten Jahr Rechnung tragen. Die Stadträte und Stadträtinnen werden sich mit den Kommissionen austauschen müssen. Sie müssen sich darüber informieren was gefragt ist und in welcher Form der Bericht abgefasst werden soll. In einzelnen Kommissionen sind Blätter mit entsprechenden Grafiken abgegeben worden. In anderen Kommissionen wurde stark auf die Website abgestellt. Die Grafiken und Tabellen wurden in die Website integriert. Produktereserven: Dazu wurden immer wieder andere Zahlen vorgelegt. Das ist definitiv nicht sehr sinnvoll. Im Jahr 2011 betrug der Einlagensatz 10 %, im Jahr 2012 waren es 20 % und im Jahr 2013 sollen es 5 % sein. Die GLP/PP-Fraktion lehnt diesen Betrag nicht ab. Die starken Schwankungen sind jedoch problematisch. Die Verantwortlichen in den Abteilungen können sich auf nichts verlassen. Das macht keinen Sinn. Es wäre sinnvoll, wenn in Zukunft der Einlagensatz mehr oder weniger gleich bleiben würde.

Anmerkungen der AK: Im Erläuterungsbericht der Finanzkontrolle werden 8 Beiträge an Dritte aufgelistet, die höher als 30'000 Franken sind, vom Grossen Gemeinderat aber nicht bewilligt wurden. Das ist unschön. Der Stadtrat hat versprochen, die Weisungen demnächst vorzulegen. Zwei Produktgruppen haben bereits seit 4 Jahren negative Nettozielabweichungen zu verzeichnen. Das betrifft die Feuerwehr und das Stadtrichteramt. Die Referentinnen und Referenten der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) werden dazu

Ausführungen machen. Ein weiterer Punkt aus dem Erläuterungsbericht der Finanzkontrolle ist der Umgang mit periodenfremdem Erfolg und Aufwand sowie mit Rückstellungen und transitorischen Passiven, der recht willkürlich erscheint. Das kann in der Summe die Rechnung pro Jahr durchaus um 1 Million beeinflussen – positiv oder negativ. Damit sinken die Vergleichbarkeit der Rechnungen und die Transparenz. Den einheitlichen Abgrenzungen muss deshalb in Zukunft mehr Priorität eingeräumt und der Prozess der Ausgabengenehmigungen muss überprüft werden. Der Erläuterungsbericht der Finanzkontrolle beinhaltet viele Empfehlungen an den Stadtrat. Unter Anderem wird ein Thema angeschnitten, das den Stadtrat und den Gemeinderat in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Die gesetzlichen Grundlagen haben sich verschärft und es wird einen Handlungsbedarf geben in Bezug auf interne Kontrollsysteme (IKS). Das muss in der AK diskutiert werden. Die AK beantragt einstimmig auf die Rechnung 2013 einzutreten, sie abzunehmen und den Anträgen, Ziffer 1 bis 4 der Weisung, zuzustimmen.

Stellungnahme der GLP/PP-Fraktion: Die Rechnung der Stadt Winterthur schliesst deutlich schlechter ab, als vom Gemeinderat eingefordert. Statt einem Ertragsüberschuss von 8,2 Millionen resultiert lediglich ein Ertragsüberschuss von 1,7 Millionen. Damit resultieren 80 % weniger Ertragsüberschuss als budgetiert. Das ist in der momentanen Finanzlage sehr unerfreulich. Die Stadt hat zusätzliche Millionen aus dem Börsengang von Glencore erhalten, die eigentlich zu einem grossen Teil ins Eigenkapital eingelegt werden müssten. Einmaleffekte müssen in Zukunft dringend immer auf die Seite gelegt werden. Jetzt kann die Stadt von den 12 Millionen lediglich 1,715 Millionen ins Eigenkapital einlegen. Im Departement Soziales haben 5 von 8 Produktgruppen mehr ausgegeben als ursprünglich budgetiert. Die Gründe wurden teilweise bereits genannt. Das wirft aber auch Fragen auf in Bezug auf die Budgetierung. Was hat man im Zeitpunkt der Budgetierung bereits gewusst? Diese Frage hat sich vor allem anlässlich einer Medienmitteilung rund 5 Monate nach dem Novemberbrief gestellt. Der Stadtrat hat mitgeteilt, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) um 6 Stellen aufgestockt werden muss, als ob man im November 2013 nicht gewusst hätte, dass man im März 2014 Stellen aufstocken muss. Es kann nicht sein, dass man nichts ins Budget einstellt, weil der genaue Betrag noch nicht bekannt ist. Der Verdacht, dass auch in Bezug auf die Sozialhilfeabgaben entsprechend vorgegangen wurde, liegt eigentlich nahe. Weil man den genauen Betrag nicht kannte, wurden die Ausgaben nicht budgetiert, statt frühzeitig bei der Budgetierung Massnahmen zu ergreifen, damit ein ausgeglichenes Budget erreicht beziehungsweise Eigenkapital gebildet werden kann. Zudem stellt sich die Frage, wie seriös der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) erstellt worden ist – gerade in Bezug auf die Sozialhilfeleistungen und die Verschiebung der Ausgaben von anderen Sozialhilfestellen in die städtischen Kosten. Einige Ausgaben hätte man voraussehen können, weil sich die Entwicklung auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene abgezeichnet hat. Der Betrag, der mehr ausgegeben wurde als budgetiert, ist zum grossen Teil aufgrund einer Fehlbudgetierung entstanden. Noch bevor der Stadtrat eine Strategie präsentiert hat, wurden für das nächste Jahr bereits unglaublich drastische Massnahmen angekündigt. Darauf will A. Steiner aber nicht weiter eingehen. Diese Ankündigung führt zur Demotivation des Personals und dazu, dass immer weniger gute Steuerzahler nach Winterthur ziehen. Eine Abwärtsspirale wird in Gang gesetzt. Das kann sich die Stadt nicht leisten. Der Stadtrat hat bereits die nächste Sparrunde, das nächste Übergangsjahr angekündigt. Die Zeit läuft immer mehr davon. Vor der Ankündigung von unangenehmen Massnahmen hätte man über die Aussichten für die nächsten Jahre diskutieren müssen.

Ch. Leupi (SVP): Die SVP-Fraktion bedankt sich bei sämtlichen beteiligten Stellen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung dafür, dass die Budgetvorgaben des Gemeinderates mehr oder weniger eingehalten wurden. Die Fraktionsmitglieder nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die Ausgaben tiefer ausgefallen sind als im Vorjahr und als budgetiert. Es ist zu hoffen, dass ein Zusammenhang mit dem Sparprogramm effort14+ besteht. Weniger erfreulich ist, dass die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr und dem Budget ebenfalls gesunken sind und weniger hoch ausgefallen sind, als ursprünglich budgetiert. Kritik kann aber kaum auf der Seite der Einnahmen geübt werden, denn diese sind kaum steuerbar. Vielmehr ist der SVP-Fraktion die Ausgabenseite ein Dorn im Auge. Die Stadtverwaltung hat einen Ertragsüberschuss erwirtschaftet, auch wenn dieser bedeutend tiefer ausgefallen ist, als ursprünglich

gewünscht. Der Ertragsüberschuss von 1,715 Millionen erscheint auf den ersten Blick hoch. Aber wenn man es nüchtern betrachtet, beträgt das positive Ergebnis lediglich 0,11 % der gesamten Aufwendungen in der Höhe von 1,465 Milliarden. Die Produktgruppen sind von den entsprechenden Kommissionsmitgliedern geprüft worden. Die Fragen zur Rechnung konnten beantwortet werden. Daher geht auch ein Dank an Kommissionsmitglieder für die sorgfältige Prüfung der Rechnung. Anzumerken ist, dass auch kritische Stimmen vorhanden waren. Die entsprechenden Produktgruppen wird die SVP im Auge behalten. In der Weisung werden 26 Produktgruppen ausgewiesen, die sich an die Zielvorgaben gehalten beziehungsweise mit positiven Zielabweichungen abgeschlossen haben. Das sind zwei Produktgruppen mehr als im Vorjahr. Punktlandungen haben zwei Produktgruppen erreicht – im Vorjahr waren es drei. 10 Produktgruppen sind über das Budget hinausgeschossen. Das sind nur drei weniger als im Vorjahr. Hauptsächlich ein Departement scheint die Kosten nicht im Griff zu haben. Das betrifft das Soziale. Es wurden bereits Gespräche mit dem zuständigen Stadtrat vereinbart. Am 27. September 2014 wird die SVP das Gespräch mit dem Stadtrat führen und die Probleme genauer anschauen. Das Departement Soziales ist verantwortlich, dass die Rechnung so schlecht ausgefallen ist. Hätte man diese Kosten im Griff, könnte der Ertragsüberschuss mehr als 10 Millionen betragen. Auch dann würde der Überschuss nicht einmal 1 % des Aufwandes betragen, nämlich 0,86 %.

Aufwand: Es ist erfreulich, dass der Sachaufwand, die Passivzinsen, die Abschreibungen und der Rohmaterialeinkauf tiefer ausgefallen sind als budgetiert. Hier ist der Gürtel enger geschnallt worden. Befremdend für die SVP-Fraktion ist, dass die Finanzkontrolle festgestellt hat, dass seitens des Stadtrates Beträge ausgezahlt wurden, für die eigentlich eine Weisung an den Gemeinderat notwendig gewesen wäre. Die Weisung, die noch folgen soll, wird die SVP genau prüfen. Bereits letztes Jahr hat die SVP-Fraktion gemahnt, dass im Hinblick auf die Finanzprobleme die Chance verpasst wurde, die Probleme weitsichtig anzugehen. Erneut ist es im Jahr 2013 verpasst worden, eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Die SVP hat bereits vor einigen Jahren ein strukturelles Defizit vorausgesagt. Die in Angriff zu nehmende Strukturänderung der Stadtverwaltung begrüsst die SVP und hofft, dass einzelne Kosten intensiv und mit dem notwendigen Druck überprüft werden. Finanzkennzahlen sind eigentlich ein unbeliebtes Kapitel. Vor allem der Selbstfinanzierungsgrad und der Selbstfinanzierungsanteil liegen weit unter den erstrebenswerten Kennzahlen. Immerhin die Zinsbelastung liegt in einem tragbaren Bereich. Ebenfalls befremdend ist der Verschuldungsanteil der Einwohner. Die doch wichtigen Kennzahlen sind in den letzten Jahren deutlich unter die erstrebenswerten Werte gesunken. Der bürgerlichen Ratsseite wurden Vorwürfe gemacht, weil aufgrund wirtschaftlich schlechter Zeiten, die städtische Rechnung ebenfalls schlecht ausgefallen ist. Die Schuld wurde dem bürgerlich dominierten Stadtrat zugeschoben. Wie soll eine Rechnung gut abschneiden, wenn das ganze wirtschaftliche Umfeld in einer prekären Situation befindet? In der Ära des links-grün dominierten Stadtrates und des ehemaligen Stadtpräsidenten E. Wohlwend ist die Finanzlage der Stadt immer mehr in Schieflage geraten und das in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die SVP kritisiert seit Jahren die Finanzlage aber es wurde nicht reagiert. Jetzt hat die Stadt die Quittung erhalten. Die Wirtschaft boomt, die Finanzlage der Stadt kann nicht mithalten.

Den neu abgefassten Geschäftsbericht nimmt die SVP mehrheitlich positiv zur Kenntnis. Mit der neuen Form und den zusätzlichen Informationen im Internet sind fast alle zurechtgekommen. Für die BBK ist der Bericht aber zu kurz ausgefallen. Die SVP hofft, dass der Stadtrat diese Kritik zur Kenntnis nimmt und die Wünsche berücksichtigt. Die SVP hat bereits einige Male gewünscht, dass der Geschäftsbericht kürzer wird. Die Fraktion bedankt sich für die Umsetzung dieses Anliegens. Die SVP-Fraktion hofft, dass im Rahmen des Sparprogramms effort14+ die aktuelle Rechnung besser ausfallen und die Budgetierung noch strikter eingehalten wird und dass sämtliche Mitarbeiter beginnen, kosteneffizient zu arbeiten, vor allem in den Departementen, in denen bereits seit längerem Probleme vorhanden sind. Es kann nicht sein, dass sich einige Departemente einschränken müssen und Sparvorschläge unterbreiten, während andere sich nicht an die Ziele halten und das Geld – salopp formuliert – verschleudern. Wie im Erläuterungsbericht der Finanzkontrolle ebenfalls festgehalten worden ist, haben zwei Produktgruppen mehr als drei Jahre die Rechnung deutlich über den Zielvorgaben abgeschlossen. Im Hinblick auf die Finanzstrategie, die der Aufsichtskommission und der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist, bleibt zu hoffen, dass die Stadtfinanzen

endlich ins Lot gebracht werden. Auch wenn nicht sämtliche Punkte dieses Pakets die Zustimmung der SVP geniessen, begrüsst die Fraktion eine längerfristige Planung. Der Budgetierungsprozess hat bereits wieder begonnen. Daher appelliert die SVP an den Stadtrat und die unterstellten Mitarbeiter Lösungen und Wege zu suchen, um die Finanzlage der Stadt Winterthur ins Lot zu bringen. Das betrifft sowohl die Ausgaben wie auch die Einnahmenseite der Rechnung. Sparen geht nicht über den Weg von zusätzlichen Einnahmen. Die Stadt muss die Ausgaben in den Griff bekommen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion äussert sich traditionsgemäss nicht sehr ausführlich zur Rechnung. Die Gründe dafür sind längstens bekannt. Die Rechnung kann der Gemeinderat annehmen oder ablehnen – mehr nicht. Es ist allen aufgefallen, dass die Rechnung 2013 schlechter ausgefallen als der Voranschlag. Die Gründe wurden bereits genannt – höhere Beiträge an Dritte, wie Ausgaben für die Sozialhilfe – aber auch tiefere Einnahmen. Ch. Griesser sind in der Produktegruppe Individuelle Unterstützung im Produkt 5, die Kleinkinderbetreuungsbeiträge ins Auge gesprungen (Seite 265 und 266 im Buch B). Diese Kosten sind 3,5 Millionen höher ausgefallen als budgetiert. Die Grüne/AL-Fraktion ist natürlich nicht plötzlich gegen diese Beiträge, aber der Kommentar erstaunt doch sehr. Aufgrund der neuen Berechnungsgrundlagen des Regierungsrates hat sich der Kreis der Personen mit Anspruch auf Kinderbetreuungsbeiträge mehr als verdoppelt. Die Ansätze sind ebenfalls erhöht worden. Fazit: Gelegentlich gehen andere mit dem Geld der Stadt unsorgfältig um. Die Fragen, welche Gemeinwesen was bezahlen und welche Gemeinwesen was zu sagen haben, werden der Politik erhalten bleiben. Die Grüne/AL-Fraktion wird auf die Rechnung eintreten und sie ablehnen und auch den Geschäftsbericht ablehnen.

K. Bopp (SP): Die SP-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung und beim Stadtrat zum einen für die geleistete Arbeit im Jahr 2013 und zum anderen für die vorliegende Rechnung. Die Arbeit, die geleistet wurde, weiss die SP zu schätzen. Umso schlimmer ist es, dass der Gemeinderat diese Arbeit mit pauschalen Sparanträgen zunichtemacht oder abwertet. Es stellt sich die Frage, wie die Rechnung geprüft werden soll. Der Gemeinderat diskutiert zum Teil detailliert über die Ziele. Man steckt viel Zeit in die Prüfung und letztendlich wird ein pauschaler Sparantrag gestellt, der die ganze Arbeit zunichtemacht. Es gibt keine Vergleichsmöglichkeiten mehr. Wie soll man beurteilen, ob ein WOV-Indikator zufriedenstellend ist oder nicht. Mit dem Ergebnis ist die SP sehr zufrieden. Trotz erschwelter Umstände konnte die Rechnung mit einem Gewinn abgeschlossen werden. Die SP ist nicht ganz so faktenresistent wie andere Parteien. Die Fraktionsmitglieder können verstehen, dass die Stadt keinen grossen Einfluss auf die Sozialkosten hat. Auch die Ausgaben für die Volksschule sind gestiegen. Das sind Bereiche, die von der Stadt nur schwer beeinflusst werden können. Mit der neuen Form des Geschäftsberichtes ist die SP sehr zufrieden. Die Integration ins Buch B ist gut gelungen. Die Berichte sind kurz und bündig, beinhalten aber alle notwendigen Informationen. Zudem vereinfacht es die Prüfung, wenn Geschäftsbericht und Rechnung an einem Ort zu finden sind. Die Informationen müssen nicht mehr an verschiedenen Orten zusammengesucht werden. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat damit einen Beitrag an die Sparbemühungen der Stadt leisten konnte. Fazit: Von Seiten der Verwaltung sind keine grossen Fehler gemacht worden. Die Kritik von K. Bopp gilt vielmehr dem Gemeinderat. Die Rechnung wurde sorgfältig erstellt. Es gibt aus Sicht der SP keinen Grund nicht auf die Rechnung einzutreten oder sie nicht abzunehmen.

U. Hofer (FDP): Die Rechnung 2013 wie auch die Informationen zur Rechnung 2014 und zum Budget 2015 zeigen, dass der Supertanker MS Winterthur in den letzten Jahren Kurs Richtung Eisberg aufgenommen hat – unter dem Altkapitän E. Wohlwend und dem neuen Kapitän M. Künzle. Sicher gehen alle mit der Aussage einig, dass ein Eigenkapital von 29,7 Millionen bei einem Aufwand von 1,4 Milliarden schlicht zu wenig ist. Allein die prognostizierten Mindereinnahmen für das Jahr 2015 werden das Eigenkapital verschlingen. Die Stadt hat keinen Handlungsspielraum mehr. Sie darf sich keine finanzielle Nachlässigkeit mehr leisten. Man darf nicht vergessen, das alles ist passiert, als es der Wirtschaft gut, sogar hervorragend ging. U. Hofer möchte nicht wissen, wie die finanziellen Aussichten aussehen würden, wenn es der Wirtschaft gleichzeitig schlecht gegangen wäre. Angesichts dieser Aussichten

und dieser Indikatoren bleibt es schleierhaft, warum die SP und die Grünen auf dem Maschinendeck ständig Dampf gemacht haben. Ein pauschaler Sparantrag ist in dieser Situation besser als eine Leistungsbilanz von Null, was das Sparen anbelangt. In diesem Sinne nimmt die FDP-Fraktion die Rechnung mit einem lachenden und einem tränenden Auge entgegen. Lachen ist das falsche Wort – eher Hoffnung. Die Crew probiert das Steuer herumzudrehen und will weiter in die Zukunft blicken. Sie hat vor allem den Ruf der FDP und der SVP gehört und will die Ausgaben nachhaltig finanzieren. Sie scheut sich nicht davor Fragen zu stellen und versteckt sich nicht. Aber die FDP hat auch Veränderungen im Kleinen zur Kenntnis genommen. Gespräche in den Kommissionen mit einzelnen Mitarbeitenden und Mitgliedern der Produktgruppen sind positiv verlaufen. Mit grossem persönlichem Einsatz wird versucht das Beste herauszuholen. Dafür dankt die FDP dem Stadtrat, seinen Kaderleuten und allen Mitarbeitern, die einen grossen persönlichen Einsatz geleistet haben herzlich. Die FDP hofft, dass sie den Mitarbeitenden noch weitere Jahre danken kann. Die Zukunft wird nicht einfach. Den Bemühungen schlagen sich auch in den Zahlen nieder. Viele Produktgruppen und Departemente schliessen überraschend positiv ab. Die Rechnung 2013 zeigt, dass nicht mehr ausgegeben wurde als im Vorjahr. Von Kranksparen kann aber keine Rede sein. Die Stadt hat noch immer 250 Millionen mehr ausgegeben als vor 10 Jahren, das obwohl die Steuerkraft pro Person gestiegen ist. Winterthur gibt mehr aus, als sie in der gleichen Zeit eingenommen hat. Das grosse Aber am Ganzen wurde heute mehrfach erwähnt. Es betrifft das Departement Soziales mit einer Kostenüberschreitung von 14 Millionen. Die ganzen Sparbemühungen der restlichen Departemente wurden in diesem Departement zunichte gemacht. Auch der Betrag, der im letzten Jahr angepeilten Steuererhöhung, wäre damit weg. Die Begründung dafür ist bekannt. Es handelt sich um gebundene Kosten. Gegen die kantonalen Vorgaben kann die Stadt nichts machen, es besteht ein Rechtsanspruch etc. Als Jurist weiss U. Hofer, dass ein Rechtsanspruch besteht – es existieren aber 15 verschiedene Präzedenzfälle dazu. Das allein bringt der Stadt Winterthur nichts. Die FDP will mehr Taten sehen, statt Worte. Sie will wissen, welche Ursachenanalysen erstellt wurden, welche Massnahmen im Bereich des Möglichen geprüft wurden und was man von anderen Städten lernen kann. Das alles möchte die FDP dokumentiert haben. Es kann sein, dass trotzdem ein grosser Teil der Ausgaben nicht steuerbar ist und die Stadt ein Problem hat. Dieser Beweis ist der Stadtrat noch schuldig, vor allem der Beweis, wie hoch der gebundene Betrag effektiv ist. In diesem Sinn nimmt die FDP die Rechnung mit Hoffnung zur Kenntnis. Sie wird darauf eintreten und Rechnung und Geschäftsbericht abnehmen. In wenigen Monaten wird der Gemeinderat diese Fragen im Rahmen des Budgets erneut diskutieren müssen.

F. Albanese (CVP/EDU): Die CVP fasst es als Kompliment auf, dass die FDP ihr den Status eines Co-Kapitäns des Supertankers Winterthur verleiht. F. Albanese erinnert daran, dass früher ein Mitglied der FDP vor dem Dampfkessel stand, von daher sitzen alle im gleichen Boot. Das hat auch der Vergleich von U. Hofer gezeigt. Die CVP/EDU-Fraktion bedankt sich bei den verantwortlichen leitenden Organen der Stadt Winterthur sowie bei allen städtischen Mitarbeitenden, die dazu beigetragen haben, dass die Jahresrechnung 2013 wenigstens vordergründig und insoweit positiv abgeschlossen werden konnte, als dass vom ursprünglich auf rund 8,2 Millionen budgetierten Ertragsüberschuss immerhin noch 1,7 Millionen für die Übertragung ins Eigenkapital übrig geblieben sind. Die CVP-Fraktion wird dem Antrag auf Abnahme, sowohl für die Jahresrechnung 2013, wie auch für den Geschäftsbericht, folgen und beantragt die zuständigen Organe zu entlasten. Der Gemeinderat wurde bereits von der Kommissionspräsidentin wie auch von einigen Kommissionskolleginnen und Kollegen über die Rechnungsdetails informiert worden. Aus diesem Grund, und weil der Gemeinderat mit den Voten über die Abnahme der Jahresrechnung lediglich zur Geschichtsschreibung und zur Vergangenheitsbewältigung beitragen kann, wird sich F. Albanese ausschliesslich und in aller Kürze über drei kritischen Punkte äussern.

Punkt 1: Das Lamento über die von der Stadt nicht beeinflussbaren gesetzlichen Ausgaben, vor allem im Departement Soziales, sollte nicht unerwidert im Raum stehen bleiben. Im Rahmen einer von F. Albanese eingereichten Anfrage an die Regierung wurde bestätigt, dass für die Gemeinden durchaus bestimmte Spielräume bestehen. Die Aufgabe des Stadtrates ist es, diese Spielräume besser zu nutzen und dort, wo diese nicht offensichtlich sind, die Sachlage mit dem Regierungsrat zu klären. Sollten dafür Gesetzesanpassungen not-

wendig werden, bittet die CVP den Stadtrat, entsprechend auf die zuständigen Stellen einzuwirken. Im besagten Vorstoss an den Kantonsrat, hat F. Albanese vorgeschlagen, dass den Gemeinden aufgrund eines strukturellen Defizits für eine begrenzte Frist ein Moratoriumsrecht eingeräumt wird, während der die betroffenen Gemeinden von gewissen Verbindlichkeiten entbunden werden können. Der Regierungsrat hat daraufhin lediglich festgehalten, dass diese Möglichkeit im bestehenden Recht im Moment nicht vorgesehen ist. Punkt 2: Die Finanzkontrolle musste in ihrem Bericht feststellen, dass der Stadtrat im letzten Jahr Beiträge an Dritte ausgezahlt hat, die als jährlich wiederkehrende Ausgaben das Kompetenzlimit der Stadtregierung von 30'000 Franken überschritten hat. Insgesamt sind Beiträge an Dritte von über 350'000 Franken ohne notwendigen Einzelbeschluss durch den Grossen Gemeinderat getätigt worden. Auch wenn diese Feststellungen keinen direkten Einfluss auf den Erfolg der Jahresrechnung haben, bittet die CVP den Stadtrat eindringlich, solche ordnungspolitisch heikle und vor allem unnötige Kompetenzüberschreitungen ernst zu nehmen. Auch in diesem Sinne und im Sinne einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und der Regierung empfiehlt die CVP-Fraktion in Zukunft solche Fälle tunlichst zu vermeiden. Punkt 3: Es ist festzuhalten, dass die Finanzkontrolle gewisse Abweichungen festgestellt hat. Die Rechnung wurde in den steuerfinanzierten Produktgruppen um rund 200'000 Franken beschönigt und umgekehrt, in den gebührenfinanzierten Produktgruppen um rund 1,5 Millionen verschlechtert, das heisst es wurden entsprechend tiefere Spezialreserven ausgewiesen. Zugunsten einer transparenten, verlässlichen und langfristigen Finanzplanung bittet die CVP den Stadtrat in diesem Zusammenhang, um grössere Bedachtsamkeit und um das Bestreben, diesen Abweichungen durch korrigierende Massnahmen entgegenzuwirken.

Ch. Ingold (EVP/BDP) wird sich heute noch zu einzelnen Themen äussern. Er kann sich im Übrigen dem Vorredner der Grüne/AL-Fraktion anschliessen, vor allem was die Länge der Ausführungen anbelangt. Den Vorschlag der Präsidentin der AK in Bezug auf die Terminierung der Sitzungen will Ch. Ingold aber aufgreifen. Die letzte Konsolidierungssitzung der AK muss tatsächlich nach den Sitzungen der Sachkommissionen anberaumt werden. Des Weiteren bedankt sich die EVP/BDP-Fraktion für die grosse Arbeit, die geleistet wurde und für die Unterlagen, die produziert und aufbereitet wurden. Die EVP/BDP-Fraktion tritt gerne auf die Rechnung ein und wird die Rechnung und den Geschäftsbericht abnehmen.

D. Schraft (Grüne/AL) bezieht sich auf die Aussage von U. Hofer (FDP) in Bezug auf die Rechtsansprüche in der Sozialhilfe, die sich ausgeweitet haben. Ein Rechtsanspruch ist gut und recht aber es gibt etwa 20 Auslegungen dazu. Für D. Schraft gibt es nur eine Lesart, wie diese Aussage verstanden werden kann – das heisst ein Rechtsanspruch ist zwar gut und recht aber der Stadtrat soll dafür sorgen, dass diese Ausgaben nicht getätigt werden müssen. Wenn es soweit kommt, dann gute Nacht.

Stadträtin Y. Beutler dankt für die insgesamt sehr wohlwollende Aufnahme der Jahresrechnung. In Anbetracht der gesamten Umstände sind die 1,7 Millionen Ertragsüberschuss ein Erfolg. Die Stadträtin hat eine Frage an den Gemeinderat: Wer würde mit der Familie auf Ferien verzichten, wenn der eingesparte Betrag den Nachbarn zugutekommen würde? Genau dieser Fehlanreiz war im alten Finanzausgleichssystem vorhanden. Wenn die Stadt Winterthur gespart hat, konnte der eingesparte Betrag nicht dem Eigenkapital gutgeschrieben werden, das Geld ist zurück an den Kanton geflossen. Dass sich dabei die Begeisterung für das Sparen in Grenzen hielt, ist nachvollziehbar. Die Stadt würde heute sicherlich besser dastehen, wenn das System anders gewesen wäre. Seit dem 1. Januar 2012 ist das neue Finanzausgleichssystem in Kraft. Das hat diesen Fehlanreiz beseitigt und das ist gut so. Das neue System hat aber einen grossen Fehler – der Betrag, der die Zentrumslasten der Stadt ausgleichen soll, beruht auf den Zahlen von 2005. Alle haben das Wachstum bei den Soziallasten kritisiert. Winterthur musste nicht nur bei den Soziallasten ein hohes Wachstum verzeichnen, sondern auch bei den Ausgaben für die Bildung. Der Zentrumslastenausgleich aus dem Jahr 2005 berücksichtigt dieses Wachstum in keiner Art und Weise. Das ist letztlich der Grund, warum 2012 keine Rücklagen getätigt werden konnten, als die Stadt einen höheren Übergangsausgleich erhalten hat. Das ist auch der Grund, warum die Stadt im Jahr 2013 die Millionen von Glencore nicht ins Eigenkapital einzahlen konnte. Die Stadt musste dieses

Wachstum finanzieren. Im laufenden Jahr wird keine gute Fee kommen. Die Stadt hat keine zusätzlichen Zahlungen erhalten. Das ist der Grund, warum der Stadtrat das Sparprogramm effort14+ gestartet hat. Ohne effort14+ hätte der Stadtrat ein Budget mit einem Defizit von 50 Millionen präsentieren müssen. Das ist die erste Antwort auf den Vergleich mit dem Supertanker. Dieser Supertanker steuert nicht mehr in Richtung Eisberg. Er braucht aber eine gewisse Zeit bis er sich anderweitig orientieren kann. Aber er steuert jetzt in die richtige Richtung. Das konnte der Stadtrat vor gut einer Woche darlegen. Verschiedentlich wurden ganz konkrete Aussagen gemacht. F. Albanese hat erklärt, dass in Bezug auf die Soziallasten nicht lamentiert werden soll. Der Gemeinderat wollte nicht lamentieren – er wollte handeln – mit Ausnahme der CVP. Aus diesem Grund wurde eine Behördeninitiative lanciert, die von allen Fraktionen, mit Ausnahme der CVP, an den Kantonsrat überwiesen wurde. Stadträtin Y. Beutler hat die Debatte verfolgt. Die Kantonalisierung der Sozialhilfe hat leider keine Mehrheit gefunden. Nicht zuletzt deshalb, weil auch die Vertreterinnen und Vertreter von Winterthur, zumindest ein Teil davon, nicht für diese wichtige Änderung gestimmt haben. Stadträtin Y. Beutler hat nicht gesehen, dass F. Albanese dafür gestimmt hat. Immerhin hat er nicht dagegen gesprochen, wie das ein Vertreter von Winterthur gemacht hat, der seinen Lohn von der Stadt bezieht.

Verschiedene Bemerkungen sind zur Darstellung des neuen Rechnungsbuches gefallen, insbesondere hinsichtlich des Geschäftsberichts. Leider ist es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich mehr Graphiken abzdrukken. Stadträtin Y. Beutler ist sich bewusst, dass das hilfreich wäre. Die Integration des Geschäftsberichtes kann aber nur im Rahmen des Bestehenden erfolgen. Die Applikation erlaubt die Einführung von Grafiken nicht. Solange die Stadt mit dieser Applikation arbeiten muss, müssen zusätzliche Informationen in Papierform abgegeben werden. Sie können aber auch im Internet abgerufen werden. Die GLP/PP-Fraktion kritisiert, dass nicht über konkrete Zahlen diskutiert werden kann, wenn die Strategie nicht bekannt ist. Wenn die Strategie vorliegt, wird kritisiert, dass darüber nicht diskutiert werden kann, wenn keine konkreten Zahlen vorliegen. Das macht die Stadträtin etwas ratlos. Sie kommt sich vor als müsste sie die eierlegende Wollmilchsau präsentieren und am Ende wird kritisiert, dass das Fell die falsche Farbe hat. Der Stadtrat hat aufgezeigt, wie er vorgehen will und er hat sein Vorgehen begründet. Er wird intensiv mit der Aufsichtskommission diskutieren. Die Finanzstrategie wird vom Stadtrat nicht einfach verabschiedet, sondern mit der Aufsichtskommission diskutiert. Er wird die Argumente der Kommissionsmitglieder entgegennehmen. Erst im Anschluss an diese Diskussion wird der Stadtrat die Strategie definitiv verabschiedet. Es wurde gefordert, dass der Stadtrat die Sparmassnahmen aufzeigen soll, anstatt ein Übergangsbudget zu erstellen. Der Stadtrat will aber eine gründliche Analyse erarbeiten und folgende Fragen klären. Warum steigen die Ausgaben in diesem Masse an? Wo bleibt der Stadt ein Handlungsspielraum? Wie kann dieser genutzt werden? Was passiert mit der Stadt, wenn der gesamte Anstieg der Kosten auf der Aufwandseite eingespart werden muss? Was bleibt von Winterthur noch übrig? Wer will das? Welcher Teil kann auch auf der Ertragsseite realisiert werden? Damit diese Analyse gründlich erfolgen kann und nicht einfach alles gestrichen wird, was eine freiwillige Leistung beinhaltet aber vielleicht keine kluge Massnahme ist, weil sie der Stadt schadet, präsentiert der Stadtrat ein Übergangsbudget. Es bleibt dann genügend Zeit, um die Analyse sauber und gründlich zu machen. Die Massnahmen können dann so aufgelegt werden, dass sie 2016 die ersten Wirkungen zeitigen. Der Stadtrat bleibt im Kontakt mit dem Parlament. Es ist sehr wichtig, dass diese Massnahmen gemeinsam entwickelt werden können. Der Stadtrat will unbedingt verhindern, dass am Ende dieses Budgetjahres ein Scherbenhaufen resultiert. Eine gegenseitige Kommunikation ist notwendig. Der Stadtrat wird gerne seinen Teil dazu leisten. Er hat bereits gezeigt, wie er vorgehen will und hat transparent informiert. Stadträtin Y. Beutler hofft, dass gemeinsam auf diesem Supertanker in die gleiche Richtung gelenkt werden kann.

M. Zeugin (GLP/PP), persönliche Erklärung: Zu den Ausführungen von Stadträtin Y. Beutler ist folgendes festzuhalten: Es ist einerseits befremdend, dass plötzlich der Nachbarschaftsneid die Ursache für die Finanzprobleme sein soll. Das hat M. Zeugin in den 8 Jahren, in denen er im Rat sitzt, noch nie gehört. Das kann weder ein rhetorischer noch ein ernstgemeinter Einwand sein für die finanziellen Probleme der Stadt. Schlussendlich haben bereits vor 8 Jahren und noch früher die Einwohnerinnen und Einwohner von Winterthur kanto-

nale Steuern bezahlt. Dadurch ist die Stadt, zumindest indirekt und vielleicht auch in geringerem Ausmass, an diesen Kosten beteiligt. Die GLP/PP-Fraktion wird kritisiert, weil sie eine Strategie fordert. Es ist tatsächlich so, dass das was der Stadtrat präsentiert hat, keine Strategie ist. Im Wesentlichen wurde die gesamte Finanzstrategie auf einer Folie präsentiert. Das hat für M. Zeugin nicht einmal den Charakter einer Ideenskizze. Es waren lediglich einige Facette und Gedanken. Das hat nicht den Charakter einer umfassenden Finanzstrategie, die die Stadt Winterthur benötigt, um den grossen Tanker auf Kurs zu bringen. Um einen so grossen Tanker auf Kurs zu bringen, braucht es mehr als eine Folie mit der Überschrift „Finanzstrategie“. Diese Kritik ist gerechtfertigt, wenn man sich die entsprechende Folie vor Augen führt.

Stadträtin Y. Beutler: Sicher, es war lediglich eine Folie, die bei dieser Präsentation verwendet wurde. Die ganze Präsentation hatte zum Ziel, das geplante Vorgehen des Stadtrates aufzuzeigen und die einzelnen Schritte darzustellen. Der Stadtrat hat darüber informiert, dass er eine Finanzstrategie ausgearbeitet hat, die er zuhänden der Aufsichtskommission verabschieden wird. Vor der besagten Präsentation hat Stadträtin Y. Beutler bereits mit der Präsidentin der AK, A. Steiner (GLP), vereinbart, wann die Finanzstrategie in der Kommission präsentiert werden soll, wie viel Zeit die AK haben wird, um diese Strategie zu studieren und wann in der AK erneut darüber diskutiert werden soll. Die Finanzstrategie existiert. Stadträtin Y. Beutler will diese nicht zuerst der Öffentlichkeit vorstellen, sondern sie will sie zuerst mit dem Parlament diskutieren. Im Anschluss an diese Diskussion und nach der Überarbeitung, kann die Strategie der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Damit nimmt Stadträtin Y. Beutler das Parlament ernst. Sie will mit dem Parlament zusammenarbeiten.

Stadtrat N. Galladé: Es wurde sehr viel über das Departement Soziales diskutiert. Der Stadtrat stellt fest, dass der Gemeinderat beginnt, sich für dieses Departement zu interessieren. Stadtrat N. Galladé bittet die Ratsmitglieder, sich vertieft damit auseinanderzusetzen. Er möchte vor allem drei Punkte erwähnen, die beachtet werden sollten. Ch. Leupi (SVP) hat etwas salopp erklärt, dass das Departement Soziales das Geld verschleudert. Mit der Vorbemerkung, dass diese Aussage salopp ist, kommentiert sich das von selber. Das ist nicht der Fall, das ist allgemein bekannt. Die Kosten müssen differenziert betrachtet werden. Das Departement Soziales hat Transferleistungen zu erbringen, dabei handelt es sich tatsächlich um Kostentreiber. In den vergangenen Jahren das vor allem im Bildungsbereich der Fall, diese Kosten können von der Stadt nicht beeinflusst werden. Auch bei den Steuern können sich bestimmte Faktoren auf die eine oder die andere Seite auswirken. Diese Einnahmen sind durch die Mitarbeitenden nicht beeinflussbar. Der Finanzausgleich ist eine weitere schwer beeinflussbare Grösse. Das Departement Soziales hat, wie alle anderen Departement in der Stadtverwaltung, einen grossen Beitrag geleistet im Rahmen von effort14+, was die Kernverwaltung anbelangt. Der Kostendruck ist sehr gross. Alle Departemente und alle Mitarbeitenden sind gleichermassen davon betroffen. Stadtrat N. Galladé bittet die Ratsmitglieder, das zur Kenntnis zu nehmen und nicht wieder besseren Wissens etwas zu behaupten. Dass man sich jetzt vertieft mit den Ausgaben auseinandersetzt und prüft, welche Faktoren beeinflussbar sind und welche nicht, findet Stadtrat N. Galladé sehr positiv. Der Stadtrat hat die Fakten auf den Tisch gelegt. Er hat die Kommissionsmitglieder über verschiedene Themen informiert, zum Beispiel über die Sozialhilfe. Der Stadtrat wird gerne auf Anfrage die Kommissionen und Fraktionen aufsuchen und über seine Vorhaben informieren. Wenn sich aber jemand eher salopp zu einem Thema äussert, obwohl im Rat noch keine entsprechenden Fragen gestellt wurden, hält Stadtrat N. Galladé das für etwas unlauter. Es kann aber ein Anfang sein, indem man sich mit diesem Thema auseinandersetzt und die offenen Fragen anspricht. In den Kommissionen wurden bereits Fragen gestellt, die der Stadtrat beantwortet hat.

Die Präsidentin der AK hat die KESB angesprochen. Sie ist dabei kurz von der Einheit der Materie abgewichen und hat nicht zur Rechnung 2013, sondern zur Rechnung 2014 gesprochen. A. Steiner hat implizit gefragt, ob die Stellenaufstockung nicht bereits früher absehbar war. Der Stadtrat hat im Rahmen der letzten Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass ein weiterer Kostenfaktor hinzukommt, nämlich die gemeinsame elterliche Sorge. Das war aber nach der Schliessung der Budgetbücher etwa Ende Oktober/November. Das ist in den Pro-

tokollen vermerkt. Auf diese Problematik hat der Stadtrat hingewiesen. Ein Teil der zusätzlichen Stellen hat der Stadtrat deshalb gebunden erklärt. Ausserdem musste ein hoher Fallanstieg verzeichnet werden. Das wurde in der Kommission diskutiert. Der Stadtrat hat erklärt, dass er das erste Jahr abwarten und danach weitere Entscheide treffen will. Das hat Stadtrat N. Galladé im Dezember 2013 um 23.55 Uhr im Rat erklärt, weil A. Steiner den Antrag gestellt hat, in dieser Produktegruppe zusätzlich 45'000 Franken zu kürzen. Dieser Antrag wurde vom Rat angenommen. Das ist in Ordnung. Der Rat hat das Recht entsprechende Anträge zu stellen. Der Stadtrat hat aber auf die Probleme hingewiesen. Zu diesem Zeitpunkt war es der Exekutive nicht mehr möglich einen Antrag ins Budget einzubringen. Der Stadtrat hat die Entwicklung verfolgt und geprüft, ob die bestehenden Ressourcen noch ausreichen. Leider ist das nicht der Fall, deshalb musste der Stadtrat eine Gebundenheitserklärung abgeben. A. Steiner hat erwähnt, dass noch andere Kosten bei der Budgetierung voraussehbar gewesen wären. Ein klassisches Beispiel sind die Kleinkinderbetreuungsbeiträge. Der Stadtrat hat den Kanton bei der Einführung der Betreuungsbeiträge angefragt, ob die Kosten aufgrund der Berechnungen richtig eingeschätzt wurden. Die Zahlen sind dem Kanton bekannt, die Stadt verfügt nicht über entsprechende Angaben. Der Kanton hat die Höhe der Kosten bestätigt. Der Stadtrat hat die Kosten doppelt so hoch budgetiert, mit 1,5 Millionen statt mit gut 800'00 Franken. Letztendlich belaufen sich die Kosten auf 5 Millionen. Im Laufe des Jahres wurde der Stadtrat immer wieder von der Entwicklung überrascht. Das ist in allen Gemeinden der Fall – auch in Gemeinden mit bürgerlicher Mehrheit. Es gibt einfach nicht voraussehbare Kosten. Das gilt leider auch für Transferleistungen in der Sozialhilfe, die letztes Jahr stark angestiegen sind. In den laufenden Hochrechnungen muss der Stadtrat feststellen, dass die Annahmen, die aufgrund von Erfahrungswerten gemacht wurden, korrigiert werden müssen. Letztlich sind diese Ausgaben nicht beeinflussbar. Die grossen Transferleistungen sind extrem schwierig zu budgetieren. Der Stadtrat muss Annahmen treffen, die er jeweils in den Kommissionen erklärt. Er hat aber letztlich keine Steuerungsmöglichkeiten. U. Hofer hat Taten statt Worte verlangt. Eine Tat war die Behördeninitiative, die der Gemeinderat breit unterstützt hat. Dafür bedankt sich Stadtrat N. Galladé. Es ist nicht so, dass die Anfrage von F. Albanese betreffend Moratorium für Gemeindeabgaben auf diesen Sachverhalt abzielt. N. Galladé hat die Anfrage und die Antwort nachgelesen. Es geht nicht um den Kernpunkt, der damals auch vom Parlament richtigerweise verlangt wurde und von dem der Stadtrat hofft, dass bei einer nächsten Aufnahme auch F. Albanese im Interesse von Winterthur zustimmen wird. Das ist ein Hauptthema. Auch über andere Themen wird der Stadtrat gerne in vertiefter Form diskutieren. Es ist wichtig, dass die diversen Aussagen eingeordnet und relativiert werden können. Dass es noch viel zu tun gib in Punkto Kommunikation, Analyse und Massnahmen ist klar. Das kann aber gemeinsam konstruktiv in den richtigen Gefässen diskutiert werden.

U. Hofer (FDP), persönliche Erklärung: Mit dem letzten Punkt kann sich U. Hofer einverstanden erklären. Er kann helfen konstruktiv und mit einer guten Kommunikation Lösungen zu finden. Er hat sich bisher noch nie zum Departement Soziales geäussert. Das Thema wurde in der Fraktion besprochen. Wenn in der Fraktion die Kommissionsvertretungen bemängeln, dass nicht genügend Erklärungen zu gewissen Punkten abgegeben wurden, ist das ein Informationsdefizit. Diese Meinungen müssen ernst genommen werden.

Detailberatung

Departement Kulturelles und Dienste: Keine Wortmeldungen

Departement Finanzen: Keine Wortmeldungen

Departement Bau: Keine Wortmeldungen

Departement Sicherheit und Umwelt

Stadtrichteramt

K. Cometta (GLP/PP): Die Rechnung des Stadtrichteramts schliesst 2013 mit einer Nettozielabweichung von 73'000 Franken ab. Das ist nicht sehr viel, bei einem Budget von 3,5 Millionen. Das Problem ist, dass das nicht das erste Mal ist. Seit 2008 hat das Stadtrichteramt das Budget nicht mehr eingehalten. Die Abweichungen betragen in den Vorjahren zwischen 340'000 Franken und 700'000 Franken. Das kann nicht sein. Man wird den Eindruck nicht ganz los, dass man im Stadtrichteramt sehr optimistisch budgetiert. Das heisst, die Erträge werden sehr hoch angesetzt, damit man anderen Orts Geld ausgeben kann. Das ist natürlich eine Unterstellung – aber vielleicht doch naheliegend. Die GLP/PP-Fraktion betrachtet mit Sorge, dass im Rahmen von effort14+ der Stadtrat noch viel strengere Budgetvorgaben vorgeschlagen hat. Das Stadtrichteramt muss zusätzlich 200'000 Franken bringen. Darum fragt sich die GLP/PP-Fraktion wie das Budget für nächstes Jahr aussehen wird und ob das Budget eingehalten werden kann. Die Finanzkontrolle hat die Nettozielabweichung gerügt. Paragraf 45 der Vollzugsverordnung des Finanzhaushaltes sieht folgendes vor: Wenn eine Produktegruppe drei Mal in der Folge negative Nettozielabweichungen ausweist, muss die Departementsleitung dem Stadtrat eine Analyse vorlegen, die Gründe darlegen und Bericht erstatten. Im Absatz 2 steht, dass der Stadtrat Korrekturen und allfällige Sanktionen festlegt. In diesem Zusammenhang will K. Cometta vom Stadtrat wissen, welche Korrekturen und Sanktionen angedacht sind. In der Kommissionsdiskussion konnte der Stadtrat keine befriedigende Antwort geben.

Stadträtin B. Günthard-Maier nimmt gerne dazu Stellung. Sie steht dazu, dass die Antworten in der Kommission nicht befriedigend waren. Der Stadtrat wird in einer nächsten Sitzung darüber diskutieren. Die Stadträtin kann aber begründen, wie es zu diesen Budgetabweichungen kommen konnte, seit sie Departementsvorsteherin ist und welche Massnahmen sie in die Wege leiten kann. In den letzten eineinhalb Jahren musste das Stadtrichteramt personelle Herausforderungen meistern. Die Stadträtin weiss nicht inwieweit das in der Kommission kommuniziert wurde. Das Stadtrichteramt hat sehr konsequent Massnahmen und personelle Verbesserungen eingeleitet – zumindest seit Stadträtin B. Günthard-Maier Departementsvorsteherin ist. Ergänzend sind strukturierte Prozessüberprüfungen eingeleitet worden. Dabei wird geprüft, ob die Behandlung der Geschäfte und die Finanzen optimiert werden können. Die Entwicklung zeigt, dass die Fehlbeträge in früheren Jahren höher waren. Das Stadtrichteramt ist offensichtlich auf einem guten Weg. Es ist aber unbefriedigend, dass im Rechnungsjahr 2013 das Ziel nicht erreicht werden konnte. Das Stadtrichteramt musste mit dem Budget 2014 einen weiteren Sparbeitrag leisten. Die entsprechenden Massnahmen wurden in die Wege geleitet. Stadträtin B. Günthard-Maier muss aber die Befürchtung teilen, die K. Cometta in den Raum gestellt hat. Sie kann die Hand nicht ins Feuer legen, dass das Stadtrichteramt im Jahr 2014 das Budget einhalten kann, deshalb ist wahrscheinlich eine dritte Massnahme notwendig. Neben den personellen Massnahmen und der Prozessoptimierung muss realistischer budgetiert werden. Die Beeinflussbarkeit der Erträge des Stadtrichteramtes ist beschränkt. Es kommt auf die Fälle an, die das Stadtrichteramt behandeln muss. Zum Teil haben Gesetzesänderungen, also externe Faktoren, einen Einfluss. Ein Beispiel sind Schwarzfahrer, die aufgrund von gesetzlichen Änderungen nicht mehr gebüsst werden können. Das hat zu einem Ertragseinbruch geführt. Hinzukommt, dass das Stadtrichteramt Bussen und Gebühren nicht einfach anpassen kann, weil sie mehrheitlich gesetzlich vorgegeben sind. Als Departementsvorsteherin wird B. Günthard-Maier gemeinsam mit der Bereichsleitung so viel wie möglich optimieren. Einen Beschluss wird der Stadtrat an einer nächsten Sitzung fassen.

Feuerwehr

B. Helbling (SP) geht zuhanden des Protokolls kurz auf den Rechnungsabschluss der Feuerwehr ein. Es geht um das gleiche Thema. Die Feuerwehr musste 2013 zum vierten Mal eine negative Nettozielabweichung ausweisen. Wie bereits erwähnt, gibt es eine Vollzugsverordnung, die besagt, dass die Departementsleitung eine Analyse der Gründe und

eine Berichterstattung an den Stadtrat anordnen muss. Auch die Leiterin der Finanzkontrolle empfiehlt diese Korrekturen. Die Nettozielabweichung ist lediglich im Jahr 2012 im Prozentbereich. Damals lag sie bei 2,3 %, bedingt vor allem durch die starke Zunahme von Einsatzstunden – zum Beispiel aufgrund des Brandes am Neumarkt. Damit ist die Nettozielabweichung bereits begründet. Im Jahr 2013 beträgt diese Abweichung 0,3 %. B. Helbling bittet den Stadtrat trotzdem, Anpassungen vorzunehmen. Die Budgetierung dieser Produktgruppe soll besser der Realität angepasst werden. Vor allem die höheren Einsatzstunden, wie auch unvorhergesehene Kündigungen und Ausbildungskosten führen immer wieder zu negativen Nettozielabweichungen. Im Jahr 2014 wird das eventuelle erneut der Fall sein, durch den Brand in der Kehrrichtverwertungsanlage.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Selbstverständlich ist es sehr unbefriedigend, wenn sie als Departementsvorsteherin vor den Gemeinderat treten muss, weil ein Bereich im eigenen Departement das Budget nicht einhalten konnte. Sie möchte aber folgende Begründung und Erläuterung abgeben: Das Budget der Feuerwehr wurde jeweils in einem politischen Prozess in den letzten Jahren gekürzt. Weil die ursprüngliche Budgetierung der Feuerwehr bereits sehr restriktiv war, musste man bereits sehr früh befürchten, dass das Budget nicht eingehalten werden kann, wenn es zu mehr oder zu grösseren Ereignissen kommt. B. Helbling hat es erwähnt – in den letzten Jahren mussten Budgetüberschreitungen ausgewiesen werden. Dabei handelte es sich zum Teil um kleine Beträge. Die einzelnen Begründungen liegen der Stadträtin vor. 2010 betrug die Budgetüberschreitung etwas mehr als 3'000 Franken, weil die persönliche Schutzausrüstung der freiwilligen Feuerwehr angepasst werden musste. Das hatte keinen Platz mehr im Budget – darauf verzichten konnte man aber nicht. Im Jahr 2011 betrug die Überschreitung 17'000 Franken aufgrund eines Mehraufwandes bei den Sachkosten, verursacht durch Funkgeräte, den Ausfall des Atemschutzprüfgerätes und durch den bauliche Unterhalt, der realisiert werden musste. 2012 betrug die Budgetüberschreitung fast 170'000 Franken, vor allem durch den Grosseinsatz am Neumarkt verursacht. Die Rechnung 2013 weist eine Überschreitung von rund 25'000 Franken aus, die vor allem durch einen höheren Personalausgaben aufgrund von mehr Einsätzen als geplant, entstanden ist. Massnahmen: Die Feuerwehr kann ihr Angebot nur sehr beschränkt oder gar nicht steuern. Sie reagiert auf Ereignisse. Damit kann sie ihre Leistungen und Kosten nur sehr begrenzt beeinflussen, deshalb ist die beste Massnahme eine realistischere Budgetierung.

Departement Schule und Sport: Keine Wortmeldungen

Departement Soziales

K. Cometta (GLP/PP): Am 27. Januar 2014 hat der Stadtrat in einer Medienmitteilung aus dem Departement Soziales Gebundenheitserklärungen in verschiedenen Produktgruppen in der Höhe von 15 Millionen abgegeben. Im Januar hat man realisiert, dass 15 Millionen fehlen. K. Cometta fragt sich, wieso diese Mitteilung erst so spät erfolgt ist. Wenn falsch budgetiert wird, weil man die Kosten nicht abschätzen kann, wird im Lauf des Jahres die Entwicklung sichtbar. Der Stadtrat kann in der Folge einen Nachtragskredit beantragen. K. Cometta will aber nicht über die Gebundenheitserklärung diskutieren – das wäre abendfüllend. Es geht mehr um die Transparenz in der Rechnung. Drei Gebundenheitserklärungen sind K. Cometta vor allem aufgefallen: 4,4 Millionen wurden für die Sozialhilfe, Produktgruppe individuelle Unterstützung, als gebunden erklärt, 3,4 Millionen für Kleinkinderbetreuungsbeiträge, Produktgruppe individuelle Unterstützung und 2,884 Millionen für Beiträge an Institutionen für die Pflegefinanzierung. Diese drei Gebundenheitserklärungen sind in der Rechnung nicht sichtbar. Bereits vor einem Jahr wurden in der Rechnungsdebatte Gebundenheitserklärungen der Sozialhilfe kritisiert, die nicht in der Rechnung sichtbar sind. K. Cometta hat in der Folge im September 2013 eine Schriftliche Anfrage, Geschäft 2013/066, eingereicht. Sie hat den Stadtrat gefragt, ob er gewillt sei gebundene Kosten transparent auszuweisen. Der Stadtrat hat in der Antwort geschrieben: „Es gibt in der Rechnung keine gebunden Beiträge, die nicht ausgewiesen sind.“ Das ist die Meinung des Stadtrates. Er folgert daraus, dass kein Anlass besteht, eine Praxisänderung vorzunehmen. Die genannten drei Beispiele sind in der Rechnung nicht ausgewiesen. Die Kommissionsmitglieder haben

zu den entsprechenden Fragen unterschiedliche Antworten erhalten. Der Stadtrat hat erklärt, dass gewisse Angaben untergegangen sind. Wenn das Resultat von Minus ins Plus wechselt, sind die Beiträge nicht ausgewiesen. Diese Erklärungen wurden letztes Jahr gegeben. Diesmal ist vielleicht der Weisheit letzter Schluss, dass in Produktgruppen ohne WOV-Reserven gebundene Beiträge nicht sichtbar sind. K. Cometta bittet den Stadtrat, einheitliche Richtlinien festzulegen und mitzuteilen, in welchen Fällen eine Gebundenheitserklärung abgegeben und in welchen Fällen ein Nachtragskredit beantragt wird, das wäre das Instrument Nummer 1. Es geht nicht an, dass Ende Jahr alles als gebunden Erklärt wird. Der Stadtrat muss Transparenz schaffen über alle Produktgruppen hinweg.

Stadtrat N. Galladé: Zum Thema Gebundenheit könnte eine abendfüllende Diskussion geführt werden. Das Thema wurde bereits im Grundsatz angerissen, aufgrund der anstehenden Diskussion will sich der Stadtrat nicht weiter äussern.

Departement Technische Betriebe: Keine Wortmeldungen

Behörden und Stadtkanzlei: Keine Wortmeldungen

Weiteres: Keine Wortmeldungen

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über die Abnahme der Jahresrechnung abstimmen. Antrag 1: Die Jahresrechnung 2013 der Stadtgemeinde Winterthur wird wie folgt abgenommen: Die Laufende Rechnung schliesst bei 1'465'213'656 Franken Bruttoaufwand und 1'466'928'761 Franken Bruttoertrag mit einem Ertragsüberschuss von 1'715'105 Franken ab, der dem Eigenkapital gutgeschrieben wird.

Die Investitionsrechnung zeigt im Verwaltungsvermögen bei Bruttoausgaben von 266'604'330 Franken und Bruttoeinnahmen von 33'373'152 Franken eine Nettoinvestition von 233'231'178 Franken. Im Finanzvermögen resultiert bei Ausgaben von 11'923'289 Franken und Einnahmen von 10'837'745 Franken eine Nettoinvestition von 1'085'544 Franken. Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von je 2'264'624'343 Franken aus.

Der Rat nimmt die Rechnung einstimmig ab.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag 2 abstimmen: Der generelle Einlagesatz in die Produktgruppen-Reserven beträgt 5 Prozent der Nettozielabweichung, der generelle Entnahmesatz 20 Prozent der Nettozielabweichung.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag 3 abstimmen: Die Globalrechnungen 2013 der Produktgruppen werden wie folgt abgenommen: das Ergebnis des Soll-Ist-Vergleichs der parlamentarischen Zielvorgaben, die abgerechneten Globalkredite, die Einlagen in die bzw. die Entnahmen aus den Produktgruppen-Reserven.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag 4 abstimmen: Der Geschäftsbericht 2013 wird genehmigt.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Damit hat der Gemeinderat die Jahresrechnung 2013 der Stadtgemeinde Winterthur und den Geschäftsbericht 2013 abgenommen.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2014/056: Tätigkeitsbericht Finanzkontrolle 2013

Ch. Ingold (EVP/BDP) hat sowohl den öffentlichen Tätigkeitsbericht als auch den internen Erläuterungsbericht der Finanzkontrolle studiert. Zudem konnte er sich über die Aktivitäten der Finanzkontrolle im Jahr 2013 im Gespräch mit S. Berberat, Leiterin Finanzkontrolle, einen Eindruck verschaffen. Ch. Ingold ist der Meinung, dass die Finanzkontrolle ausgezeichnete Arbeit leistet. Sie hat relevante Bereiche zielgerichtet ausfindig gemacht und im Tätigkeitsbericht angesprochen. Das wird auch von der Finanzkontrolle des Kantons Zürich bestätigt. Zur Arbeit der Finanzkontrolle muss speziell erwähnt werden, dass diese mit einem sehr bescheidenen Personaletat von 4,8 Stellen einen umfangreichen Leistungskatalog erfüllt, den vergleichbare schweizerische Finanzkontrollen mit rund 10 Stellen erledigen. Dazu gehören beispielsweise aufwändige Revisionen und Aufsichtsmandate von Stiftungen und Vereinen, sowie neue Prozesse, die implementiert werden müssen. Hier besteht zweifelsohne Handlungsbedarf, um die Überstunden auf ein erträgliches Mass reduzieren und die Qualität nachhaltig hochhalten zu können. Die Finanzkontrolle hat der Ratsleitung beantragt bereits 2014 den Stellenetat um 2 Stellen aufzustocken. Das Begehren ist sehr gut nachvollziehbar, in der gegenwärtigen Situation aber kaum politisch vertretbar. Eine Stellenaufstockung bei der Finanzkontrolle bei gleichzeitigen harschen Personalmassnahmen würde öffentlich sehr schlecht goutiert. Somit geht Ch. Ingold leider davon aus, dass dieses Anliegen vertagt werden muss, wenn auch der Bedarf klar ist. Zusammenfassend stellt der Tätigkeitsbericht fest, dass keine der gemachten Feststellungen zu einer Korrektur der Jahresrechnung oder zu einer Einschränkung im Prüfungsurteil geführt hat.

Im Erläuterungsbericht zur städtischen Rechnung vom 24. Mai 2014 wurden folgende wesentliche Feststellungen festgehalten: Die Produktegruppe Sonderschulung hat den Staatsbeitrag periodengerecht ausgewiesen. Bei den bereits genannten Produktegruppen Stadtrichteramt, 6 Mal in Folge und Feuerwehr 3 Mal in Folge, zeigt der Globalkredit eine negative Nettozielabweichung. Bei folgenden Produktegruppen wurden die Ferien und Gleitzeitbestände nicht korrekt berechnet: Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten, Personalamt, Informatikdienste und Sozial- und Erwachsenenhilfe. In 63 Fällen wurden insgesamt 12'000 Mehrstunden ohne die nötige Bewilligung der Bereichsleitung oder der Departementsleitung ausgezahlt. Die Berechnung des Subventionsbeitrages für das Musikkollegium und den Kunstverein wurde noch mit den Berechnungsgrundlagen des alten Finanzausgleichs vorgenommen. Die Auswirkungen sind nicht finanzieller Natur, sondern haben eine Rechtsunsicherheit bezüglich der Berechnungsgrundlage zur Folge. Bei den Produktegruppen Vormundschaftsamt sowie Prävention und Suchthilfe wurden die parlamentarischen Zielwerte falsch berechnet. Bei den Produktegruppen Theater, Jugend- und Familienhilfe, Prävention und Suchthilfe sowie Forstbetrieb wurde die Ergebnisermittlung falsch berechnet, dadurch wurden die Einlagen in die Reserven zu hoch gebucht. Diese Beanstandungen wurden intern besprochen und die entsprechenden Massnahmen sind in die Wege geleitet. Ein Augenmerk sollte gemäss Erläuterungsbericht auf Verstösse gelegt werden. Hier besteht nicht direkt ein Missstand, das hat Ch. Ingold im Gespräch erfahren, aber die diesbezügliche Sensibilität sollte erhöht werden. Der Umgang mit kritischen Situationen ist in den Departementen und Verwaltungseinheiten sehr unterschiedlich. Hier wird vorgeschlagen, einen stadtübergreifenden Prozess einzuführen, der regelmässige Weiterbildungen und die Sensibilisierung sicherstellt. Der vorliegende Tätigkeitsbericht wird der letzte in der bis anhin bekannten Form sein. Neu wird gemäss einstimmigem Beschluss in der Aufsichtskommission über die Tätigkeit der Finanzkontrolle von Mitte Jahr bis Mitte Jahr berichtet. Dies hat den Vorteil, dass die Berichterstattung zeitnahe ist und nicht mehr wie bis anhin aus dem Vorjahr berichtet werden muss. Ch. Ingold beantragt die Abnahme des vorzüglichen Berichtes.

R. Kappeler (SP) dankt im Namen der SP allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzkontrolle herzlich für die schwierige und gut geleistete Arbeit, die sie im Jahr 2013 verrichtet haben. Der Gemeinderat muss nicht den Inhalt der Arbeit detailliert abnehmen, son-

dem den Bericht. Dazu möchte R. Kappeler einen kurzen Kommentar abgeben: Der Bericht ist sehr angenehm zu lesen. In den Kapiteln 2 bis 5 werden die Aufgaben kurz geschildert. Das ist gut lesbar. Dafür dankt R. Kappeler. Im Kapitel 6, Finanzkontrolle intern, werden die Mitarbeitenden und die Tätigkeiten vorgestellt. Auch das ist sehr sympathisch. Aber im Kapitel 7 geht es nicht mehr um die eigentliche Tätigkeit der Finanzkontrolle. Einige Aussagen empfindet R. Kappeler als jammern. Selbstverständlich sind die Ressourcen knapp – auch in der Finanzkontrolle. Aber wo in der Stadtverwaltung sind die Ressourcen nicht knapp. Der vorgeschlagene Ausbau der Ressourcen wird im Rat noch behandelt. Von der SP heisst es, dass sie jeweils grosszügig einen Stellenausbau bewilligen würde. R. Kappeler muss aber klar festhalten, dass auch die Finanzkontrolle unter ökonomischen Sachzwängen steht. Der Gemeinderat wird sich genau überlegen müssen, ob die eine oder andere Stelle besser im operativen Bereich oder im Kontrollbereich bewilligt werden soll. Die SP ist der Ansicht, dass man diese Aussagen zwar in den Bericht schreiben kann, das ist aber nicht unbedingt notwendig. Ein Detail auf Seite 2 ist speziell zu erwähnen: Die Struktur der Stadtverwaltung wird in einem Überblick aufgezeigt. Zum Erstaunen von R. Kappeler fehlt ein Departement, nämlich das Departement Sicherheit und Umwelt. Die Finanzkontrolle ist eine tragende Säule der ganzen Stadtverwaltung. Vielleicht gibt das eine Idee, wo die Stellen gespart werden könnten, die der Finanzkontrolle zugewiesen werden sollen. In diesem Sinne dankt die SP für die Arbeit. Die Fraktion wird den Bericht abnehmen.

Ch. Leupi (SVP): Die SVP dankt für den Bericht der Finanzkontrolle. Er ist wie immer ausführlich und seriös gestaltet. Aktuell ist der Bericht nicht, weil er von Anfang Jahr bis Anfang Jahr stammt und deshalb die aktuelle Kontrolle nicht beinhaltet. Die bemängelten Punkte stammen aus der Jahresrechnung 2012. Die SVP-Fraktion begrüsst die Umstellung. Damit werden die Ausführungen aktueller. Zur gewünschten Stellenerhöhung ist die SVP eher kritisch eingestellt. Vor allem im Hinblick auf die Strukturanpassungen und Überprüfungen in der Stadtverwaltung ist diese Stellenerhöhung für die SVP nicht sehr realistisch. Die Überprüfung der Strukturen kann Änderungen zur Folge haben. Vielleicht braucht es dann weniger Kapazitäten. Die SVP nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis.

A. Steiner (GLP/PP) dankt der Finanzkontrolle herzlich für die geleistete Arbeit. Die Finanzkontrolle verfügt über äusserst ausgewiesene Fachpersonen. Das erkennt man auch, wenn man den Erläuterungsbericht studiert. Allein durch die Empfehlungen an die Verwaltung kann Geld eingespart werden. Vor allem wird geprüft, ob die Stadt rechtskonform unterwegs ist. Es hat einige Verschärfungen gegeben im Bereich Finanzlegung. Die Stadt tut gut daran, auf eine gute, rechtlich konforme Finanzlegung zu achten und die neuen Gesetze sauber umzusetzen. A. Steiner erinnert daran, dass auf HRM2 umgestellt wird. Das bedeutet auch für die Finanzkontrolle einen grossen Zusatzaufwand. Eine entsprechende Entscheidung will A. Steiner aber nicht vorwegnehmen. Eine allfällige Aufstockung muss in der Aufsichtskommission fundiert diskutiert werden. Zum Tätigkeitsbericht wurde das Wesentliche gesagt. Im Bericht ist alles Wichtige enthalten. Ch. Leupi hat es angetönt – der Tätigkeitsbericht wird in Zukunft von Mitte Jahr bis Mitte Jahr verfasst, weil das viel näher am Zeitpunkt der Behandlung liegt. Es werden im aktuellen Tätigkeitsbericht Fakten aufgelistet, die sich auf die Rechnungsabnahme von vor einem Jahr beziehen. Das ist weniger spannend als die aktuellen Fakten.

F. Albanese (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion bedankt sich bei der Leitung der Finanzkontrolle und bei den verantwortlichen Mitarbeitenden für den Tätigkeitsbericht und für die geleistete wertvolle Arbeit im Dienste der Stadt Winterthur. Wie bereits erwähnt, wird der vorliegende Tätigkeitsbericht der letzte in der bekannten Form sein. Die CVP/EDU-Fraktion begrüsst diesen Wandel, ebenso, dass in Zukunft über die Tätigkeit der Finanzkontrolle von Mitte Jahr bis Mitte Jahr berichtet wird. Sie erkennt die Vorteile einer zeitnahen Berichterstattung. Die CVP/EDU-Fraktion beantragt den Tätigkeitsbericht 2013 zu genehmigen und die zuständigen Organe mit einem Dank zu entlasten.

U. Hofer (FDP): Auch die FDP-Fraktion dankt herzlich für den Bericht und die geleistete Arbeit. U. Hofer betont die Wichtigkeit der Finanzkontrolle. Der Tätigkeitsbericht zeigt auf, dass

die Finanzkontrolle eine wichtige und zentrale Aufgabe für die Stadt übernimmt. Die FDP begrüsst die Umstellung der Berichterstattung. Zur Frage der Personalaufstockung wird sich die FDP erst dann äussern, wenn es soweit ist. Das hat nichts mit diesem Bericht zu tun. Die FDP stimmt dem Bericht zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Die Wortmeldungen haben sich erschöpft und es wurde kein Ablehnungsantrag gestellt. Damit hat der Gemeinderat dem Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle zugestimmt.

S. Berberat (Leiterin Finanzkontrolle) hat sich gefreut, dem Gemeinderat diesen Tätigkeitsbericht präsentieren zu dürfen. Es ist der erste Bericht, seit die Finanzkontrolle unabhängig ist. Sie untersteht jetzt dem Gemeinderat. Diese Unabhängigkeit ist enorm wichtig für eine qualitativ hochwertige Prüfung. S. Berberat dankt dem Gemeinderat und dem Stadtrat herzlich für die angenehme Zusammenarbeit.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2014/049: Ombudsstelle Winterthur; Jahresbericht 2013

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Jahresbericht der Ombudsstelle enthält wie immer viele statistische Angaben. Dem Bericht kann man entnehmen, dass die Fälle gegenüber 2012 angestiegen sind. Traditionell ist das Departement Soziales stark vertreten. Das hat seine Gründe. 1. Es geht in diesem Departement um Menschen für die jeder Rappen zählt, deshalb wehren sie sich häufig. 2. Die Eingriffe der KESB sind häufig tiefgreifend, auch darum ist es zu verstehen, dass sich die Leute wehren. Man kann dem statistischen Teil auch Klassiker entnehmen, wie verschollene Steuererklärungen, versäumte Rechtsmittelfristen, Betreibungen trotz Zahlungsvereinbarungen, die Frage, ob der Nachbar mehr Rechte hat, Schikanen durch die Polizei, Auswirkungen von Steuerveranlagungen auf andere Bereiche oder ganz allgemeine arbeitsrechtliche Fragen von städtischen Angestellten. Das Hauptthema ist dem Lärm gewidmet – sei das Lärm durch Laubbläser, Kindergeschrei, Lüftungsanlagen, Nachbarn, Baumaschinen, Sportveranstaltungen oder Kirchenglocken. Rechtlich wäre es eigentlich ganz einfach. Die Lärmquelle ist zu begrenzen und wenn das nicht möglich ist, sind Lärmschutzmassnahmen angezeigt, wie zum Beispiel Schallschutzfenster. Nur ist die Realität zum Teil viel komplexer. So ist der Bericht ein Abbild der heutigen Gesellschaft. Verdichtetes Bauen, verändertes Ausgehverhalten, verstärkte Gewichtung von Aussenräumen sind alles Sachverhalte, die sich gegenseitig konkurrieren. Häufig werden die Grenzwerte gar nicht überschritten, deshalb kann man auch keine Lärmreduktion erzwingen. Man ist auf den Goodwill des Lärmverursachers angewiesen. Der Bericht ist, wie immer, sehr gut abgefasst und wird von der AK einstimmig zur Abnahme empfohlen.

N. Albi (SVP) dankt im Namen der SVP der Ombudsfrau V. Sobotich und ihren Mitarbeitenden herzlich für die Arbeit. Die Fallzahl ist erneut angestiegen. Trotzdem konnte die Ombudsstelle sehr viele Fälle erledigen, lediglich 3 Fälle sind vor Gericht gelandet. Alle anderen Probleme konnten gelöst werden. Was aber zu denken gibt, ist die fortschreitende Intoleranz – gerade was den Lärm anbelangt. Das Problem wird die Ombudsstelle die nächsten Jahre noch vermehrt beschäftigen. Oft löst eine Lärmklage einen Polizeieinsatz aus. Die Ombudsstelle ist eine wichtige Stelle. N. Albi dankt herzlich für die Arbeit. Die SVP empfiehlt den Bericht zur Abnahme.

M. Sorgo (SP): Die SP-Fraktion dankt der Ombudsfrau V. Sobotich und ihrem Team herzlich für die geleistete Arbeit und für die gute und angenehme Zusammenarbeit. Der Jahresbericht 2013 der Ombudsstelle der Stadt Winterthur zeigt sehr anschaulich, anhand des Schwerpunktthemas Lärm, die vielseitigen und unterschiedlichen Probleme auf, mit denen sich Personen an die Ombudsstelle wenden. Trotz zunehmenden Fallzahlen konnte die Ombudsstelle den grössten Teil der Fälle im Jahr 2013 bearbeiten und abschliessen. Erfreulich ist, dass

nur in ganz wenigen Fällen die Vermittlung als gescheitert erklärt werden musste. Die vorgelegten Zahlen belegen den Wert der Arbeit, die von der Ombudsstelle täglich verrichtet wird. Durch Zuhören, Beraten, Vermitteln, Klären und Schlichten kann ein grosser Teil der Probleme gelöst werden, die im Zusammenleben oder in der Zusammenarbeit entstehen können. Dadurch können viele für beide Seiten emotional und finanziell oft sehr belastende Rechtsstreitigkeiten verhindert und entstandene Probleme einvernehmlich geklärt werden. Deshalb empfiehlt auch die SP-Fraktion den Bericht zur Abnahme.

A. Steiner (GLP/PP): Es bleibt nicht viel mehr als sich dem Dank anzuschliessen. Die Fakten wurden bereits genannt. Dafür dankt A. Steiner den Vorrednerinnen und Vorrednern. Die GLP/PP-Fraktion dankt für den Bericht und die super Arbeit, die geleistet wird. Diese Vermittlung erspart der Stadt letztendlich Kosten.

F. Albanese (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion bedankt sich bei der Leitung der Ombudsstelle für die anekdotenreiche Berichterstattung und für die geleistete, wertvolle Arbeit im Dienste der Stadt Winterthur. Die CVP/EDU-Fraktion empfiehlt die Genehmigung des Berichts und die entsprechende Entlastung.

U. Hofer (FDP): Die FDP-Fraktion dankt der Ombudsfrau V. Sobotich herzlich für den Bericht. Er ist hervorragend verfasst und sehr interessant gestaltet. Das Thema Lärm ist tatsächlich ein gesellschaftliches Phänomen. U. Hofer kennt das aus eigener Tätigkeit. Heute Vormittag hat er in der Innerschweiz mit Militärmitteln Lärm gemacht. Auch dort ist er mit diesem Thema konfrontiert. Aber es zeigt sich, wie wichtig es ist, dass eine Stelle vorhanden ist, die Probleme lösen kann, ohne dass der Rechtsweg beschritten werden muss. Deshalb ist die Tätigkeit der Ombudsstelle so wichtig. Die FDP empfiehlt den Bericht zur Abnahme.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wurde. Damit hat der Gemeinderat dem Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle zugestimmt.

V. Sobotich (Ombudsfrau) bedankt sich herzlich für den Dank. Die Arbeit der Ombudsfrau ist vielfältig und interessant. Wie Ch. Griesser und N. Albl erwähnt haben, hat V. Sobotich das Thema Lärm gewählt, das auch in Zukunft aktuell bleiben wird. Es ist kein Thema, das einfach abgeschlossen ist. Aus dem Bericht geht hervor, dass V. Sobotich nicht überall etwas bewirken und nicht jeden Konflikt lösen kann. Sie ist aber sehr dankbar, dass sie zusammen mit der Verwaltung und verschiedenen Stellen viele Probleme lösen kann, auch wenn der Prozess manchmal etwas lange dauert. V. Sobotich dankt der Verwaltung und dem Stadtrat, die dazu beitragen, dass sie ihre Tätigkeit möglichst umfassend leisten kann. Sie ist auf die Zusammenarbeit angewiesen, damit Lösungen gefunden werden können.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2014/048: Tätigkeitsbericht 2013 des Datenschutzbeauftragten

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Datenschutzbeauftragte hat sich im Jahr 2013 hauptsächlich mit folgenden Themen befasst: Videoüberwachung, Softwareevaluation, Datenbankdesign, Management und Nutzung von Mobilgeräten, E-Gouvernement-Angebote und Onlinespeicher für städtische Daten. Im Zusammenhang mit Fokus hat sich gezeigt, dass die Arbeitsplätze in Grossraumbüros bezüglich Datenschutz eine Herausforderung sind. Dazu ein kleines Beispiel: Befindet sich das Personalamt ebenfalls in einem Grossraumbüro, ist zu befürchten, dass jeder Angestellte, in das Büro marschieren kann und, vielleicht nur zufällig, auf dem Bildschirm vertrauliche Informationen über einen Mitarbeitenden der Stadt einsehen kann, die nicht allgemein zugänglich sein sollten. Deshalb muss der Zugang zu den Personaldaten geschützt werden. Ein anderes Thema ist die Videoüberwachung. Auslöser war eine Initiative der Piratenpartei. Der Stadtrat hat beschlossen eine Videoordnung zu erlassen. Ein Bestandteil dieser Videoordnung ist ein Betriebsreglement für jede Videoanlage. Dabei haben

sich immer wieder die gleichen Fragen gestellt. Beispiel: Wenn eine Videoanlage installiert wird, mit dem alleinigen Zweck, bei Sachbeschädigungen und ähnliche Straftaten Bilder zur Beweissicherung zu haben, darf der Monitor keine Livebilder liefern. Wenn ein Vorfall passiert ist, können die Bilder ausgewertet werden. Damit kann verhindert werden, dass ganz andere Delikte, wie zum Beispiel einfache Übertretungen von Velo- oder Autofahrern aufgrund dieser Videobilder geahndet werden können. Der statistische Teil des Berichts zeigt eine Erhöhung der Fallzahlen auf. Der Datenschutzbeauftragte hat im Jahr 2013 mehr Fälle erledigt. Es sind aber auch noch Fälle offen. Diesbezüglich ist zu erwähnen, dass gewisse Fälle naturgemäss nicht in einem Jahr abgeschlossen werden können – zum Beispiel der Fall Fokus. Zudem muss beachtet werden, dass das Pensum des Datenschutzbeauftragten 30 % beträgt. Die AK empfiehlt den Bericht des Datenschutzbeauftragten einstimmig zur Annahme.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion ist mit dem Bericht zufrieden, die Themen sind interessant und wichtig. Künftig sollte der Datenschützer auch bei der Videoüberwachung genauer hinsehen und die Reglemente kritischer hinterfragen. Ein Ansatzpunkt dazu ist der Beitrag mit der detaillierten Auflistung des lokalen Präsidenten der Piratenpartei David Herzog. Jede Kamera wird darin aufgelistet und vorhandene Probleme werden beschrieben. Besonders positiv anzumerken ist, dass der Bericht nur noch elektronisch und nicht mehr in gedruckter Form erscheint. Das sollte in der Stadtverwaltung und bei anderen Berichten Schule machen. Die Berichte der Ombudsstelle, des Stadtwerks oder von Stadtbus werden noch immer in Papierform abgegeben. Der Datenschutz ist in dieser Hinsicht vorbildlich. Das ist aber ein Nebenthema. Der Pendenzenberg ist steigend, es stellt sich die Frage, ob man da demnächst etwas unternehmen sollte. In einem Punkt ist M. Wäckerlin als Pirat nicht einverstanden: Die Sache «Schulen ans Netz» hätte entschlossener verfolgt werden müssen. Nach Ansicht der Piratenpartei handelt es sich um Verstösse gegen das Datenschutzgesetz, das Fernmeldegeheimnis sowie eventuell gegen das Strafgesetzbuch in verschiedenen Punkten. Für die Piratenpartei ist das Thema nicht abgeschlossen, sie prüft nun das weitere Vorgehen. Den Bericht nimmt die Fraktion dankend zur Kenntnis.

K. Bopp (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Datenschutzbeauftragten für den vorliegenden Bericht. In Zeiten von Facebook, Google und Co. wird der Datenschutz immer wichtiger. Daher ist die Datenschutzstelle sehr wichtig. Das erste Kapitel des Tätigkeitsberichts widmet sich dem neuen Erscheinungsbild, das schlicht ist und zweckmässig. Der Bericht ist gut lesbar. Die SP begrüsst es sehr, dass der Bericht elektronisch erscheint. Im Weiteren werden einige Themen beleuchtet – Videoüberwachung, Fokus und Office 365 an Schulen. Das hat Ch. Griesser bereits im Detail erklärt. Die Auswahl der Themen erscheint angemessen. Einige im Anhang aufgeführte Zahlen geben zu denken. In den letzten drei Jahren ist die Anzahl der Eingänge höher als die der Ausgänge. Das heisst die Fallzahlen steigen laufend. Darauf muss in Zukunft geachtet werden. Alles in allem handelt es sich um einen guten Bericht. Die SP empfiehlt die Abnahme des Berichts.

F. Albanese (CVP): Die CVP bedankt sich beim Datenschutzbeauftragten für den aufschlussreichen Tätigkeitsbericht. Gerade in der digitalen auf Wettbewerb ausgerichteten Zeit schätzt die CVP diese Arbeit ganz besonders. Die CVP beantragt die Abnahme des Tätigkeitsberichts sowie die entsprechende Entlastung.

Ch. Leupi (SVP): Auch die SVP-Fraktion dankt für den ausführlichen Bericht. Vieles wurde bereits gesagt. Festzustellen ist, dass elektronische Daten, die geschützt werden müssen, ein wichtiges Thema sind. Das wird den Datenschützer und damit auch den Gemeinderat in Zukunft weiterhin beschäftigen. Es gibt immer wieder Themen, die man im Auge behalten muss. Darüber wird der Gemeinderat weiterhin informiert werden. Die SVP beantragt die Abnahme des Tätigkeitsberichts.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wurde, damit hat der Gemeinderat den Bericht des Datenschutzbeauftragten abgenommen.

P. Glass (Datenschutzbeauftragter) dankt herzlich für die Abnahme des Berichts. Ein Grund warum der Tätigkeitsbericht ausschliesslich elektronisch erscheint, ist die Zeit, die für das Verfassen des Berichts benötigt wird – etwa einen Monat nimmt diese Arbeit in Anspruch. Danach muss der Bericht gedruckt werden. Deshalb musste der Bericht jeweils frühzeitig abgegeben werden. Die Zeit, die die Druckerei benötigt, fällt mit der elektronischen Fassung weg. Damit kann das Zeitbudget besser eingeteilt werden. Alles in allem möchte P. Glass der Stadtverwaltung danken. Die Datenschutzstelle nimmt eine Aufsicht wahr. Das ist einfacher, wenn sich die Personen, mit denen man zu tun, bereit zeigen, zuzuhören und mithilfe vorhandene Probleme zu lösen. Ohne diese Mitarbeit könnte der Datenschutzbeauftragte seine Arbeit nicht machen.

15. Traktandum

GGR-Nr. 2014/018: Antrag und Bericht zum Budgetpostulat M. Zeugin (GLP), D. Oswald (SVP) und St. Feer (FDP) betreffend mehr Transparenz beim Vorschlag dank einer Übersicht über die Festlegung der Ausgaben pro Produktgruppe

M. Zeugin (GLP/PP): Anfang Jahr wurde das Budgetpostulat eingereicht mit dem Ziel, dass transparent in jeder Produktgruppe angegeben wird, welche staatliche Ebene die Kosten indiziert beziehungsweise festlegt. Sind das Ausgaben, die aufgrund nationaler oder kantonaler Gesetze getätigt werden müssen oder es sind Kosten, die der Gemeinderat beeinflussen kann. Leider musste M. Zeugin feststellen, dass der Stadtrat eine ablehnende Stellungnahme beantragt. Er argumentiert, dass der administrative Aufwand zu gross sei, um diese Informationen inhaltlich bereitzustellen und graphisch umzusetzen. M. Zeugin ist befremdet, dass dem Stadtrat nicht bereits heute in jeder Produktgruppe bekannt ist, ob ein Handlungsspielraum bei den Ausgaben besteht oder nicht. Er müsste wissen, ob die Kompetenz bei der Gemeinde liegt oder ob er aufgrund von übergeordnetem Recht handeln muss. Es überrascht M. Zeugin, dass diese Angaben nicht möglich sind. Wenn darüber diskutiert wird, dass in den kommenden Jahren gespart werden muss und der Stadtrat nicht müde wird zu argumentieren, dass der grösste Teil der Kosten nicht von der Gemeinde festgelegt werden können, muss der Stadtrat auch sagen können, welche Ausgaben durch übergeordnetes Recht vorgeschrieben werden. Man kann nicht einfach schätzen, welchen Teil des Stadtbudgets beeinflussbar sind. Aus diesem Grund wird die GLP/PP-Fraktion die Beantwortung dieses Budgetpostulats negativ zur Kenntnis nehmen und einen entsprechenden Antrag stellen. Der Gemeinderat muss wissen, wo ein Handlungsspielraum besteht und wo nicht. Das gilt auch für den Stadtrat. Er muss wissen, wo er etwas beeinflussen kann und wo nicht. Den Verantwortlichen der Produktgruppen müssen diese Fakten bekannt sein, bevor sie das Budget beantragen. Die GLP/PP-Fraktion beantragt negative Kenntnisnahme.

D. Oswald (SVP): Auch die SVP-Fraktion nimmt die Antwort im negativen Sinn zur Kenntnis. Die Antwort erstaunt doch etwas. Nicht nur im Jahr 2013 auch früher wurde in den Budgetdebatten von Seiten des Stadtrates immer wieder betont, dass der Spielraum der Stadt Winterthur sehr klein ist. Vieles sei gesetzlich vorgegeben. Im Rahmen der Debatte für das Budget 2014 war das ebenfalls ein Thema. Der Gemeinderat will diese Fakten berücksichtigen und Lösungen suchen. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass er diese Informationen nicht geben kann. Das erstaunt. D. Oswald geht davon aus, dass diese Aussagen nicht wirklich fundiert sind. Es sind eher politische Aussagen, um gewisse Fakten zu verwischen. Leider muss D. Oswald aufgrund der Postulatsantwort auf solche Ideen kommen. Es ist fraglich, ob entsprechende Systemanpassungen tatsächlich so viel Zeit in Anspruch nehmen würden wie der Stadtrat schreibt. Wenn das der Fall ist, besteht ein grosser Innovationsbedarf. Mit einer adäquaten Software würde das wesentlich schneller gehen und mit weniger Aufwand. Die Antwort ist auch ein Zeichen für die Systematik, wie gewisse Ausgaben finanziert werden. Das muss D. Oswald nicht nur in Winterthur, sondern in der ganzen Schweiz feststellen. Gemeinden, Kantone und Bund bezahlen einen Teil der Kosten. Dadurch ist nie-

mand verantwortlich. Die Verantwortung wird abgeschoben. Wenn Bund oder Kanton einen Teil der Kosten übernehmen, muss die Stadt dafür sorgen, dass sie dieses Geld auch erhält. Dieses Argument ist immer wieder zu hören. Dabei ist es unwichtig wie viel die Stadt ausgibt und ob die Ausgaben in ein Desaster führen. Die Stadt Winterthur ist ein typisches Beispiel dafür, dass diese Systematik, „bezahlst du ein wenig, bezahle ich auch“, in die falsche Richtung führt. Die Stadt muss festlegen, wer wie viel bezahlt. Zudem ist es angesichts der Anzahl Angestellten der Stadt erstaunlich, dass das System über 2000 Kostenstellen umfasst. Das ist nicht zu verstehen. Das System ist offensichtlich nicht ideal eingerichtet. Es ist schade, dass der Gemeinderat diese Informationen nicht erhält und sich nicht auf diese Angaben abstützen kann. Die SVP hätte gerne mit diesen Angaben gearbeitet. Fazit: Einerseits besteht offenbar ein Erneuerungsbedarf was die Systeme anbelangt und andererseits nimmt D. Oswald an, dass die Aussage des Stadtrates in diese Richtung nicht wirklich fundiert ist, sondern primär ein politisch motiviertes Ablenkungsmanöver.

St. Feer (FDP): Die FDP-Fraktion nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass der Stadtrat zumindest für die Anliegen der Postulanten Verständnis hat. Sie lehnt aber die Stellungnahme des Stadtrates ab und hält am Budgetpostulat fest. Die FDP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat leider kein Grund sieht, dem Wunsch nach mehr Transparenz nachzukommen. Der Stadtrat schreibt: „Eine Gliederung nach den von den Postulanten gewünschten Kriterien existiert heute nicht.“ Das ist kein Grund das Postulat einfach vom Tisch zu wischen. Es wäre der erste Schritt, um an der Umsetzung der Forderungen zu arbeiten und dem Wunsch des Parlaments nach mehr Transparenz entgegenzukommen. Dass der Stadtrat keinen Grund sieht, diese Forderung umzusetzen, sieht man daran, dass er einfach die riesige Menge von 2000 Kostenstellen in den Raum stellt und erklärt, dass ein gigantischer Aufwand notwendig wäre, der nicht bewältigt werden kann. Wenn man dem Parlament wirklich mehr Transparenz bieten will, müsste die Stadtverwaltung Schritt für Schritt vorgehen und die ersten 100 Kostenstellen definieren. Das kann gemeinsam mit der Aufsichtskommission realisiert werden. Für die wichtigsten Kostenstellen kann der entsprechende Detaillierungsgrad eingeführt werden. Der Stadtrat will das nicht. Aus politischer Sicht stellt sich die Frage, wie in Finanzfragen die Exekutive und die Legislative in Winterthur zusammenarbeiten sollen, wenn der Wunsch des Parlaments nach mehr Details jedes Mal abgeschmettert wird. St. Feer verweist auf das Budgetpostulat 2013/014, mit dem eine Mehrheit des Parlaments Transparenz bei externen Beratungen gefordert hat. Das hat der Stadtrat abgelehnt. Die Grundhaltung der Stadtregierung ist destruktiv und lässt die Frage offen, wie weit der Stadtrat bereit ist gemeinsam mit dem Parlament die Finanzprobleme der Stadt zu lösen. Die verantwortliche Stadträtin hat heute Abend mehrfach davon gesprochen, dass der Stadtrat offen auf das Parlament zugehen und in der AK die Finanzstrategie darlegen will. Das Wort Vertrauen ist gefallen. Das geschriebene Wort in dieser Postulatsantwort und das gesprochene Wort der Stadtregierung klaffen weit auseinander. Es braucht viel Arbeit, um diese Diskrepanz zu beheben. Das System erlaubt es anscheinend nicht, einen weiteren Faktor einzupflegen und sämtliche Datenfelder zu verknüpfen. Das kann St. Feer nicht verstehen. Die Aussagen des Stadtrates lassen darauf schliessen, dass die Kennzahlen nicht zugeordnet werden können und das kann, was die Informationstechnik anbelangt, nicht sein.

B. Konyo (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats und nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis. Das Budgetpostulat verlangt eine übersichtlichere und transparentere aber auch eine sehr komplexe Darstellung. Die Ausgaben der einzelnen Produktgruppen, das heisst die Ausgaben von über 2000 Kostenstellen, sollen nach den Rechtsgrundlagen von Bund, Kanton und Gemeinde und den Beschlüssen des Grossen Gemeinderates Winterthur sortiert und neu aufgeteilt werden. Das übersteigt die Kapazität und die Möglichkeiten der Verwaltung. Die Anzahl von 2000 Kostenstellen wurde kritisiert. Mit 7 Departementen, der grossen Anzahl Angestellten und verschiedenen Produktgruppen ist es gut vorstellbar, dass so viele Kostenstellen notwendig sind. B. Konyo arbeitet als Finanzbuchhalterin in einem kleinen Betrieb. Auch in dieser Buchhaltung gibt es bereits viele Kostenstellen. Die Anzahl ist sicher realistisch. Die SP stimmt dem stadträtlichen Antrag zu.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Beispiel: Ein Teil der Arbeit des Steueramtes besteht darin, alle Steuererklärungen zu kontrollieren. Alle kennen die Liebingspartie der Steuerpflichtigen auf Seite 3. Dort gibt es eine Spalte Bundessteuer und eine Spalte Staats- und Gemeindesteuer. Die rechtlichen Grundlagen sind eigentlich klar. Die Staats- und Gemeindesteuer unterliegt kantonalem Gesetz, die Bundessteuer dem Bundesgesetz. Wie werden die Personalkosten der Mitarbeitenden verteilt, die diese Steuererklärungen kontrollieren. In Tat und Wahrheit wird nur eine Spalte geprüft, das heisst die eine profitiert von der anderen. Soll die Zeit für die Prüfung hälftig geteilt werden, nach Steuereinnahmen oder nach Lust und Laune? Es gibt zudem ein Steuerharmonisierungsgesetz, das den Kantonen zwingende Vorschriften macht. Es ist nicht möglich, die gewünschten Angaben korrekt ins System einzuführen. Die Stadt landet früher oder später bei einer Schätzung. Das muss allen klar sein. Früher oder später wird sich zudem die Katze in den Schwanz beißen, weil in einigen Jahren ein Bundesgesetz oder ein kantonales Gesetz der Stadt die Abschaffung vorschreiben wird. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt den Anträgen des Stadtrates zu.

F. Albanese (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion unterstützt das Grundanliegen, mehr Transparenz zu schaffen, sowohl über die Festlegung der Ausgaben als auch über die Mittelherkunft. Die Postulanten haben den Finger auf einen wunden Punkt gelegt. Deshalb ist der Ärger der Postulanten verständlich. Die Fraktion kann jedoch auch die Sicht des Stadtrates nachvollziehen, weil unter dem Strich das Kosten/Nutzen-Verhältnis nicht zugunsten einer Umsetzung der Forderungen spricht, insbesondere wenn man dem Aufwand für die Umsetzung des Postulats vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage betrachtet. Laut der Stellungnahme des Stadtrates zum Budgetpostulat 2014/019 ist es möglich, mit einem vertretbaren Aufwand, den von den Postulanten gewünschten Detailierungsgrad aufzuzeigen und zudem zu jeder Zahl den prozentualen Anteil am Umsatz der Produktegruppe anzugeben. Deshalb ist die CVP/EDU-Fraktion bereit, eine reduzierte Forderung des zweiten Budgetpostulats zu unterstützen, so wie es der Stadtrat vorschlägt. Die Postulanten müssen aber dieser Reduktion mit einem Vermerk im Protokoll vorgängig zustimmen.

S. Stierli (SP): St. Feer (FDP) hat die Arbeit des Stadtrates verunglimpft – das zu unrecht. Das Postulat wurde im März 2014 eingereicht. Inzwischen haben die Ereignisse das Postulat überholt. S. Stierli weist auf das Entlastungsprogramm Balance hin. Der Stadtrat hat das Programm in einer Medienkonferenz vorgestellt. M. Zeugin hat die verwendete Folie kritisiert. Der Stadtrat hat folgende Ziele kommuniziert: „Ziel des Entlastungsprogramms ist es, zu definieren, welche Aufgaben die Stadt erfüllen muss, welche Aufgaben sie darüber hinaus erfüllen will, wie diese Aufgaben erfüllt werden sollen und wie deren Finanzierung sichergestellt wird. Die Massnahmen sollen sich ab dem Voranschlag 2016 auswirken.“ Darauf zielt das Postulat eigentlich ab. Die gewünschte Auslegeordnung wird es mit dem Projekt Balance geben. Es braucht nicht parallel dazu ein weiteres Projekt, das auf das Budget abzielt. Deshalb wäre es besser, das Entlastungsprogramm abzuwarten und dann darüber zu diskutieren. Die SP könnte jetzt erklären, dass er richtig ist, dem bürgerlichen Stadtrat eine Strafaufgabe zu geben und die Verwaltung mit einem Zusatzprojekt zu bestrafen. Sinnvoll ist das aber nicht. Es ist sinnvoller das Entlastungsprogramm Balance abzuwarten und Veränderungen in Bezug auf das Budget zurückzustellen.

Stadträtin Y. Beutler: Es wurde kritisiert, dass der Stadtrat eine politische Antwort erteilt hat. Das Datum der Verabschiedung ist der 14. Mai 2014. Der 14. Mai ist nach dem 1. Mai und der 1. Mai ist nach dem 9. Februar. Soviel zum Thema, es handelt sich um eine politische Antwort. Es ist eine sehr technische Antwort. Das hat schlicht und ergreifend mit dem System zu tun. Die Stadt arbeitet mit CS2, das nicht dazu ausgelegt ist, Grafiken zu produzieren. Um grafische Darstellungen zu produzieren, müsste das ganze System umgestellt werden. Das ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht gerechtfertigt. Der Stadtrat wird sehr gerne mit den entsprechenden Spezialisten an einer Sitzung der AK teilnehmen und Auskunft darüber geben, was mit dem vorhandenen System möglich ist und was nötig wäre, um weitere Informationen aus dem System herauszuholen. Das ist ein Teil der technischen Antwort. Der andere Teil bezieht sich darauf, dass die Mitarbeitenden für verschiedene Ebenen ihre Aufgaben erfüllen. Es entspricht nicht den Vorstellungen von Stadträtin Y. Beutler von einer effizienten

Verwaltungsführung, dass die Mitarbeitenden die Minuten notieren und aufschreiben für welche Ebene sie jeweils gearbeitet haben. Wenn die Stadt Auszahlungen tätigen muss, beispielsweise in der Sozialhilfe oder für die Löhne der Lehrpersonen, hat sie keinen Einfluss auf die Ausgaben. Wie die Stadt diese Leistungen erbringen soll, darauf kann Einfluss genommen werden. Das schreibt der Stadtrat auch in seiner Antwort. Dieser Absatz ist offensichtlich übersehen worden. Im drittletzten Absatz schreibt der Stadtrat, dass allein die Tatsache, dass der Stadtrat weiss warum etwas bezahlt werden muss, noch nichts darüber aussagt, wie die Leistung erbracht wird. Das zu klären, wird die Aufgabe von Balance sein. Mit diesem Entlastungsprogramm soll geprüft werden, warum und aufgrund welcher gesetzlichen Grundlagen die Stadt eine Leistung erbringen muss. Zudem wird überprüft, was notwendig ist, um diese Grundlagen zu ändern. Stadträtin Y. Beutler ist für die Praxis nicht für die Theorie. Die Forderungen, die der Gemeinderat mit dem Budgetpostulat 2014/019 stellt, nimmt der Stadtrat gerne entgegen und will sie auch umsetzen. Es ist nicht so, dass sich der Stadtrat aus Prinzip gegen die Wünsche des Gemeinderates wehrt. Er kommt dem Rat im Rahmen des Möglichen sehr gerne entgegen. Die Forderungen, die mit diesem Budgetpostulat gestellt werden, sind mit einem vertretbaren technischen Aufwand nicht zu bewältigen.

D. Oswald (SVP) ist der Meinung, dass vieles über die Gebühren finanziert wird. Wenn er richtig informiert ist, müssen die Gebühren kostendeckend sein und dürfen keine zusätzliche Steuer sein. Um die Gebühren festzulegen, muss bekannt sein, wie viel Zeit eine Arbeit in Anspruch nimmt. Wie werden diese Kosten ermittelt, wenn niemand notiert wie lange für was gearbeitet wird? Kann man nicht die gleichen Grundlagen verwenden, die auch für die Ermittlung der Gebühren verwendet werden, um zu eruieren wie viel Zeit für die Arbeiten benötigt werden, die vom Gesetz vorgegeben sind und wie viel Zeit für die Aufgaben, die von der Stadt bestimmt werden können?

Stadträtin Y. Beutler: Für den steuerfinanzierten Bereich und den gebührenfinanzierten Bereich gelten unterschiedliche gesetzliche Grundlagen. Für den Strommarkt gelten bestimmte gesetzliche Grundlagen, die eingehalten werden müssen. Wenn Steuererklärungen abgewickelt werden, kann nicht unterschieden werden, wie lange ein Mitarbeitender für den Kanton arbeitet und wie lange für den Bund. Darum geht es letztendlich.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag auf negative Kenntnisnahme abstimmen.

Der Rat nimmt den Antrag des Stadtrates auf zustimmende Kenntnisnahme mit 29 zu 26 Stimmen an. Das Budgetpostulat wird als erledigt abgeschrieben.

16. Traktandum

GGR-Nr. 2014/019: Antrag und Bericht zum Budgetpostulat M. Zeugin (GLP) und D. Oswald (SVP) betreffend mehr Transparenz beim Voranschlag dank einer Übersicht über die Mittelherkunft pro Produktegruppe

M. Zeugin (GLP/PP) dankt dem Stadtrat für die zum Teil positive Beantwortung des Budgetpostulats. Der Stadtrat macht in seinen Ausführungen einen Vorschlag, wie zumindest ein Teil der Forderung umgesetzt werden kann. Er ist bereit, die Erlöse in den gewünschten Detaillierungsgrad aufzuteilen und zu jeder Zahl den prozentualen Anteil am Umsatz der Produktegruppen anzugeben. Worauf der Stadtrat leider verzichtet, ist – Zitat – „der technisch schwierige Einbau von Grafiken“. Vor 7 oder 8 Jahren, im Rahmen der Arbeitsgruppe WOV, wurde zum ersten Mal vorgeschlagen, zur Unterstützung der Führung, Grafiken einzubauen. Die Vorgängerin von Stadträtin Y. Beutler hat damals erklärt, dass das nicht möglich sei. Es müsste aber irgendwann möglich sein. Jetzt, einige Jahre später, ist es technisch nach wie vor nicht möglich, Grafiken einzubauen, obwohl bereits in der Arbeitsgruppe WOV festgehalten wurde, dass im Prinzip grafische Unterstützungen in der heutigen Zeit für die Führung

sehr wertvoll sind. Da der Gemeinderat quasi in einem Cockpit sitzt mit einige Messinstrumenten und steuern soll, ist es sehr wichtig, dass er sich in Notsituationen rasch eine Übersicht verschaffen kann, was anhand von grafischen Darstellungen möglich wäre. Angesichts der finanziellen Lage ist die Stadt zurzeit in einer speziellen Situation. Der Prozentuale Wert ist eine Verbesserung aber moderne Führungsinstrumente arbeiten sehr wohl mit grafischer Unterstützung. Das schöne Bild der Seefahrt wurden heute Abend benutzt, in der heutigen Zeit ist es so, dass sich ein Hochseetanker nicht mehr mit einem Sextanten durch die Weltmeere navigiert, sondern über modernere Instrumente verfügt, wie zum Beispiel das Globale Positionsbestimmungssystem (GPS). DankGPS kann der eine oder andere Eisberg frühzeitig umschiffen werden. Es ist schade, dass in diesem Bereich der Führungsunterstützung keine grafische Unterstützung vorhanden ist. Es ist die Aufgabe des Gemeinderates ein Stück weit mitzuführen. Die GLP/PP-Fraktion nimmt die Antwort auf das Budgetpostulat trotzdem positiv zur Kenntnis, verbunden mit dem Wunsch, dass nicht weitere 7 oder 8 Jahre gewartet werden muss.

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die positive Antwort zu diesem Budgetpostulat und dafür dass der Stadtrat dem Anliegen der Postulanten zum Teil entgegenkommt. Die SVP sieht die technische Problematik. Es wäre sinnvoll, wenn Grafiken eingebaut werden könnten. Die SVP ist bereit ein Auge zuzudrücken. Man kann nicht alles haben. Wenigstens kann eine Information mehr eingebaut werden. Das ist erfreulich. Die SVP nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

B. Konyo (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats und nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis. Der Stadtrat ist bereit die Erlöse in den gewünschten Detaillierungsgrad aufzuteilen und zu jeder Zahl den prozentualen Anteil am Umsatz der Produktegruppen anzugeben. Das ist sehr positiv. Was B. Konyo nicht ganz versteht, ist, dass Grafiken nicht ins Budgetbuch eingebaut werden können und dass die Einführung mit Kosten verbunden wäre. Das schreibt der Stadtrat auf Seite 3 seiner Antwort. Wieso ist das nicht möglich?

St. Feer (FDP): Die FDP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Budgetpostulats und nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis. Auch St. Feer ist auf Seite 3 der Antwort hängen geblieben, bei der Antwort auf den Wunsch nach grafischen Darstellungen. Es ist so, standardisierte Grafiken erleichtern das Lesen von Daten und Reportings. Eine Kombination von Grafiken und Daten bietet eindeutige Vorteile. Die Mehrheit der Menschheit kann besser und effizienter Grafiken lesen als Datentabellen. Diejenigen, die das können, sind die Ausnahme. Deshalb wäre es zu begrüßen, wenn der Stadtrat weiter daran arbeiten würde. Es ist zu bedauern, dass eine grafische Darstellung nicht möglich ist. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort: „Hinzu kommt, dass der Mehrwert einer solchen Grafik gegenüber der vorgeschlagenen Darstellung in Tabellenform nicht westlich wäre.“ Wenn dem so wäre, würden sämtliche Theorien über Reporting auf den Kopf gestellt.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wenn der Stadtrat der Ansicht ist, dass mit wenig Aufwand mehr Informationen offengelegt werden können, ist die Grüne/AL-Fraktion sicher nicht dagegen. Bezüglich der Darstellung, die verschiedene Votanten kritisiert haben, ist die Kostenfrage wesentlich. Die Einführung wäre nicht gratis. Vielleicht sind sich alle einig darüber, ob grafische Darstellungen notwendig sind oder nicht, wenn bekannt ist, wie hoch die Kosten für die Einführung sind.

Stadträtin Y. Beutler: Das Thema wurde von B. Konyo angesprochen. Das von der Stadt genutzte Programm CS2 kann keine Grafiken produzieren. Die Stadträtin bittet A. Steiner diesen Punkt auf die Traktandenliste der AK zu nehmen. Sie wird sehr gerne mit den Fachleuten des Finanzamtes und der Informatikdienste Winterthur das Programm CS2 vorstellen. In diesem Zusammenhang kann auch darüber informiert werden, was notwendig wäre, damit Grafiken eingebaut werden können. Stadträtin Y. Beutler weiss nicht, ob das mit dem bestehenden Programm möglich ist oder ob eine andere Applikation notwendig wäre. Der Stadtrat ist bereit, über die entsprechende Kostenstelle zu diskutieren. Stadträtin Y. Beutler bedauert,

dass die Einführung von Grafiken nicht möglich ist. Für den Stadtrat besteht keine Veranlassung, die gewünschten Änderungen einfach abzulehnen, obwohl sie technisch möglich wären. Mit dem aktuellen System ist das technisch einfach nicht machbar. Die Stadträtin diskutiert gerne mit der AK, was für eine Einführung notwendig wäre. Der Gemeinderat kann danach entscheiden. Stadträtin Y. Beutler dankt für die wohlwollende Aufnahme der Antwort.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt fest, dass kein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme gestellt wurde. Damit wird das Budgetpostulat 2014/019 als erledigt abgeschrieben.

17. Traktandum

GGR-Nr. 2013/115: Begründung des Beschlussantrags M. Zeugin (GLP), M. Wenger (FDP), D. Oswald (SVP) und M. Baumberger (CVP) betreffend Spezialkommission für gesunde Stadtfinanzen

M. Zeugin (GLP/PP): Mit diesem Beschlussantrag ist der Vorschlag verbunden, dass der Gemeinderat für die Situation rund um die Finanzen der Stadt eine Spezialkommission ins Leben ruft. Warum? Wenn der Gemeinderat in Bezug auf die Finanzen neue Informationen erhält, wenn ein neuer Voranschlag vorgelegt wird, wenn die Rechnung abgenommen werden muss, gibt es massive Unterschiede. Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) vom letzten Herbst beinhaltet die Planungsidee für die Jahre 2015 bis 2017, darin sind gewisse Daten aufgeführt. Der Gemeinderat hat bereits gewisse Eckwerte des Voranschlags erhalten. M. Zeugin muss feststellen, dass sich diese Werte innerhalb von 6 Monaten um 30 Millionen verschoben haben, das heisst es handelt sich um massive Veränderungen, die zum Teil den Stadtrat selber überraschen. Das entnimmt M. Zeugin der Beurteilung des Stadtrates. Es ist deshalb richtig, wenn der Gemeinderat ein Stück weit seiner Verantwortung nachkommt und sich dem Thema vertieft widmet. Es muss allen klar sein, dass es nicht angeht, dass der Stadtrat bereits zum vierten Mal in diesem Jahrtausend ein Sanierungspaket schnüren muss und zum wiederholten Mal formuliert, dass bis 2015 von einem Übergangsjahr gesprochen werden muss. Als Gemeinderat sieht M. Zeugin jeweils eine rote Lampe aufleuchten. Auch der Stadtrat hat in seiner Präsentation massive Probleme angeht. Ein Stück weit liegt das auch in der Verantwortung des Gemeinderates, da er sich die entsprechenden Ressourcen selber zur Verfügung stellt. Ein Mittel, das ihm zur Verfügung steht, ist die Spezialkommission. Der Gemeinderat muss gegenüber der Bevölkerung Rechenschaft ablegen können. Es wurde gefragt, warum das nicht im Rahmen der AK möglich ist. Ausserordentliche Situationen erfordern ausserordentliche Massnahmen. Es muss gewährleistet sein, dass der Normalbetrieb in der AK aufrechterhalten bleibt. Die speziellen Geschäfte, die auf den Gemeinderat zukommen werden, muss der Gemeinderat vertieft prüfen können.

Vorteile einer Spezialkommission: Sie kann gezielter Experten einladen. Sie kann sich gezielt, intensiv und vor allem länger Zeit nehmen, um an einem Sachverhalt dran zu bleiben. Sie kann vertieft einzelnen Fragen nachgehen. Sie kann auch ausserhalb des Tagesgeschäfts entsprechende Abklärungen treffen und Vorschläge erarbeiten. Das Beispiel der Spezialkommission Pensionskasse zeigt, dass auch ein Laiengremium einen Vorschlag machen kann, mit dem mehrere Millionen für die Stadtkasse gesichert werden können. Dieses Laiengremium konnte Vorschläge erarbeiten, die weder die Experten der Pensionskasse, noch der Stadtrat, noch die Pensionskassenleitung nicht auf dem Radar hatten. Es wäre deshalb nicht schlecht, wenn man zumindest für einen grundsätzlichen Zugang zu dieser Spezialkommission offener wäre. Es ist befremdend, dass der Stadtrat bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt von Misstrauen gesprochen hat. Das kann M. Zeugin nicht nachvollziehen. Er fragt sich, wie der Stadtrat sein Verhältnis zu Gemeinderat sieht, wenn er ein Angebot, das der Gemeinderat macht, nämlich eine Spezialkommission einzusetzen, die vorhandenen Ressourcen in den Dienst der Sache zu stellen und die Finanzen längerfristig auf gesunde Beine zu stellen, mit Befremden entgegennimmt, ohne mit den Einreichenden zu sprechen. Im Gespräch könnten allenfalls Missverständnisse geklärt werden. M. Zeugin hofft, dass in

Zukunft ein anderer Weg gefunden werden kann. Er weist darauf hin, dass er eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) beantragen könnte, wenn es um Misstrauen gehen würde. Das würde klar in der Kompetenz des Gemeinderates liegen. Der vorliegende Beschlussantrag muss über die Ratsleitung gehen oder über den Stadtrat. Es ist im Übrigen ein Fehlkonstrukt der Regulierung, dass Gemeinderat nicht selber eine Spezialkommission beantragen kann. Die Grünliberalen bitten den Gemeinderat, den Beschlussantrag betreffend Spezialkommission zu unterstützen. Es ist klar, dass eine Spezialkommission nicht alle Probleme lösen kann. Aber der Gemeinderat kann der Bevölkerung und der Verwaltung signalisieren, dass er bereit ist einen substantiellen Mehraufwand zu leisten und gemeinsam mit dem Stadtrat die Verantwortung für die Massnahmen, die anstehen, zu tragen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen. Für die aufgeworfenen Fragen ist die AK zuständig. Es gibt keinen Grund eine weitere Organisationseinheit einzusetzen. Ch. Griesser ist nicht sicher, ob es vorgesehen ist, eine ständige Spezialkommission einzurichten. Zudem kann ein Milizparlament damit an seine Grenzen stossen. Es würde bedeuten, dass diese Spezialkommission regelmässig tagen müsste. Die Ratsmitglieder müssen zwischen Dienstag und Freitag einer Arbeit nachgehen.

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion hat den Beschlussantrag letzten Dezember mit eingereicht, vor dem Hintergrund, dass die Stadtfinanzen zu den wichtigsten Themen gehören und das in den nächsten Jahren bleiben werden. Dieser Überzeugung ist die SVP nach wie vor. Andere Themen werden zurückstehen müssen. Die Finanzen müssen saniert werden. Der Gemeinderat wird wichtige Diskussionen im Parlament führen müssen. D. Oswald spricht ausdrücklich das Parlament an. Es müssen Mehrheiten gefunden werden. Welche Leistungen müssen nicht von der öffentlichen Hand angeboten werden? Das ist eine zentrale Frage. Die SVP ist inzwischen davon abgekommen, eine Spezialkommission einzurichten, weil sich organisatorische Schwierigkeiten abzeichnen. Hat der Gemeinderat genügend Zeit, neben den anderen Kommissionen, diese Arbeit zu bewältigen? Können sich durch eine ständige Spezialkommission Kompetenzfragen stellen zwischen Stadtrat und Gemeinderat? Die Probleme, die sich im Zusammenhang mit den Finanzen stellen, wird der Gemeinderat behandeln müssen. Wie können die Ausgaben reduziert werden? Wie können die Schulden reduziert werden? Das werden zentrale Themen sein. Der Stadtrat hat erste Vorschläge vorgelegt. Nach den Sommerferien wird der Gemeinderat das Budget diskutieren. Dem Gemeinderat bleibt kaum genügend Zeit für eine Spezialkommission. Hier sieht die SVP Probleme. Aus diesen Gründen wird die SVP den Beschlussantrag nicht mehr unterstützen. Es sind bereits Gefässe vorhanden, um die anstehenden Themen zu behandeln. Sollte sich etwas anderes ergeben, könnte man auf diesen Vorschlag zurückkommen. D. Oswald glaubt aber nicht an diese Möglichkeit. Die SVP möchte beliebt machen, diesen Beschlussantrag abzulehnen.

M. Baumberger (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion wünscht sich bei diesem Thema einen Marschhalt. Mit dem Beschlussantrag betreffend Spezialkommission für gesunde Stadtfinanzen wurden zum Zeitpunkt der Einreichung ohne Zweifel die richtigen Forderungen gestellt. Deshalb hat die CVP den Antrag unterstützt. Jetzt steht der Gemeinderat vor ganz neuen Informationen, die der Stadtpräsident und die Finanzvorsteherin präsentiert haben. Es erscheint deshalb sehr wichtig, diesen beiden Sparfüchsen Zeit zu geben die neuen Eckdaten und eine Strategie auszuarbeiten und dem Gemeinderat zu präsentieren. Speziell hervorheben will M. Baumberger die gute Qualität der neuen Arbeit und der langfristigen Planung. Er hofft, das wird die Zusammenarbeit zwischen Parlament und Stadtrat fördern. Konsequenterweise wird die CVP/EDU-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt das Geschäft, wenn es nicht vertagt wird, ablehnen.

M. Wenger (FDP): Die FDP will mit dieser Spezialkommission nicht den Stadtrat am Händchen halten, sie will mithelfen, zur Lösung beitragen und die Prozesse beschleunigen. Die möglichen Aufgabenstellungen beinhalten riesige Themenfelder. Die Rede ist von der Reorganisation der Stadtverwaltung, der richtige Organisation und Struktur für die Altersheime, für das Theater, für Stadtbus und für die Stadtgärtnerei. Das alles kann nicht in sinnvoller Zeit nebenbei gemacht werden, zusätzlich zu den normalen Ratsgeschäften. In den Interpel-

lations- und Motionsantworten schreibt der Stadtrat regelmässig, dass aufgrund mangelnden Personalressourcen Aufträge und Abklärungen nicht erfüllt werden können. Die zwei vorhergehenden Traktanden lassen grüssen. Die FDP hat 2010 das Problemfeld Stadtfinanzen aufgezeigt. Jetzt ist das Jahr 2014. Die Ratsmitglieder sind gewählt worden, um politisch zu handeln und nicht um abzuwarten. Die FDP bittet die Ratsmitglieder, den Beschlussantrag zu unterstützen.

Ch. Baumann (SP): Die SP lehnt den Beschlussantrag aus mehreren Gründen ab. Er ist sehr bedenklich. 1. Rechtliche Sicht: Die Forderungen erfüllen aus Sicht der SP die Bedingungen des Artikels 9 nicht. Es geht darin um nicht ständige Kommissionen. Mit diesem Beschlussantrag ist garantiert eine Kommission geplant, die über die ganze Legislatur arbeiten wird. Es handelt sich damit um eine ständige Kommission, die zu Beginn einer Legislatur vom Stadtrat eingerichtet werden müsste. Im Weiteren sind die Spezialkommissionen dazu gedacht, einzelne Geschäfte zu bearbeiten. Hier besteht ein ganzer Strauss von Erwartungen. Man will effort14+ begleiten, die Finanzen langfristig planen, helfen die Verwaltungskonzentration Fokus umzusetzen. Zudem sollen noch weitere Geschäfte beraten und Massnahme vorgeschlagen werden. Es handelt sich um eine Kommission, die total überbordert. Die genannten Themen gehören in die AK und können dort sorgfältig abgeklärt werden. Es macht keinen Sinn eine Parallelstruktur aufzubauen. Diese würde nicht zu einer Klärung, sondern zu einer Verwirrung führen. Wie soll abgegrenzt werden, welche Kommission was behandeln soll? Wer hat ein Weisungsrecht an den Gemeinderat? Ist das die Spezialkommission oder die AK? Hier sind Unklarheiten vorhanden. Die Ressourcen der Parteien sind nicht unbegrenzt. Das zeigt sich auch bei der Besetzung der Kommissionen. Es ist schwierig Leuten zu finden, die neben dem beruflichen Engagement genügend Zeit einbringen können. Scheinbar haben die Parteien noch Leute im Hintergrund, die unterbeschäftigt sind und sich einsetzen wollen. Der wichtigste Grund für eine Ablehnung: Der Gemeinderat begibt sich mit diesem Beschlussantrag von der strategischen auf die operative Ebene. Schlussendlich würde der Gemeinderat ein Teil der Stadtverwaltung. Das ist nicht die Politik, die ein Parlament betreiben sollte, deshalb muss die SP diesen Antrag vehement ablehnen. Eine Annahme würde mehr Arbeit und Verwirrung der Folge haben und zu keiner Lösung führen.

S. Stierli (SP): Ein Wort zur Parlamentarischen Untersuchungskommission: Es ist befremdend, dass M. Zeugin erklärt, dass er dem Stadtrat vertraut, anderenfalls hätte er eine PUK beantragt. In der Gemeindeordnung steht, dass eine Untersuchungskommission eingesetzt wird, um besondere Vorkommnisse in der Stadtverwaltung abzuklären. Dass M. Zeugin überhaupt an eine PUK denken kann, ist abstrus. Der Stadtrat hat immer sehr offen informiert und über die neusten Finanzentwicklungen gesprochen. Er hat auch in der Aufsichtskommission immer Auskunft gegeben. Es wurde ihm vorgeworfen, dass er eine Salamtaktik verfolge, weil er immer wieder informiert hat. S. Stierli erklärt dezidiert, dass es keine besonderen Vorkommnisse in der Stadtverwaltung gibt, die durch eine Untersuchungskommission untersucht werden müssen.

M. Zeugin (GLP/PP) muss mit aller Vehemenz die Unterstellungen von S. Stierli zurückweisen. Er hat nicht gesagt, dass er es sich überlegt hat, eine PUK zu fordern. Das gibt M. Zeugin klar zu Protokoll. Er hat nicht gesagt, dass er sich das überlegt hat. Er hat klar und deutlich gesagt, dass das für den Stadtrat ein Indiz sein kann, dass M. Zeugin bewusst die Form der Spezialkommission gewählt hat. Er wehrt sich dagegen, dass ihm das Wort im Mund umgedreht wird. Im Weiteren wurde erklärt, dass Vernetzung und Abgrenzung schwierig seien. In der Spezialkommission Pensionskasse wurden auch Finanzfragen diskutiert. Die Themen waren teilweise deckungsgleich mit der AK. Es wurden auch Personalfragen diskutiert. Diese Abgrenzungsfragen mussten gelöst werden. Die Kommissionsmitglieder haben einen guten Job gemacht und ein gutes Resultat erzielt, sowohl für die Angestellten wie auch für die Stadt und die Steuerzahler. Das könnte man sich zum Massstab nehmen. Die Qualität der Arbeit könnte sich daran messen. Die Spezialkommission muss nicht für eine ganze Legislatur eingesetzt werden. Man kann einen Zeitraum festlegen. Verunsicherung zu streuen, ist eine billige Taktik. Das bringt die Stadt nicht weiter.

Ch. Baumann (SP): Wenn der Stadtrat noch fast zwei Jahre braucht, um eine Strategie zu entwickeln, kann das der Gemeinderat nicht in einem halben Jahr bewerkstelligen.

Stadtpräsident M. Künzle: Die Welt war eine andere, als dieser Vorstoss eingereicht wurde. Der Stadtrat hatte zu der Zeit das weitere Vorgehen diskutiert und noch keine Beschlüsse gefasst. Das Parlament wusste noch nicht genau, was der Stadtrat will. Aus dieser Situation ist der Wunsch entstanden, eine Spezialkommission einzusetzen. Das ist nachvollziehbar. Inzwischen hat sich die Welt verändert. Der Stadtrat hat erste Beschlüsse gefasst. Nur die Tatsache, dass M. Zeugin die Finanzstrategie nicht im Detail kennt, darf kein Grund sein, weiterhin eine Spezialkommission zu verlangen. Die Finanzstrategie, die der Stadtrat nach den Sommerferien in der AK präsentieren und besprechen wird, ist verabschiedet und vom Stadtrat beschlossen. Der Stadtrat ist offen und kann auf seinen Entscheid zurückkommen, falls Vorschläge aus der AK an ihn gelangen. Mit dem Ziel, das der Stadtrat mit der Finanzstrategie langfristig gesetzt hat, legen sich Exekutive und Legislative ein Korsett an, an dem diejenigen, die jetzt eine Spezialkommission verlangen, Freude haben werden. Das kann Stadtpräsident M. Künzle versichern. Eine ähnliche Strategie wurde in der Stadt noch nie umgesetzt. Diese Ziele sind aber wichtig, wenn die Finanzen nachhaltig ins Lot gebracht werden sollen. Das wollen alle. Aus diesem Grund muss dieser Weg beschritten werden. Der Stadtrat hat ein Finanzkonstrukt aufgebaut – langfristig, mittelfristig und kurzfristig. Der Stadtrat ist überzeugt, dass damit das Ziel erreicht werden kann. Er kann den Gemeinderat beruhigen, auch wenn man heute Abend noch nicht weiss, was in dieser Finanzstrategie steht, die AK wird Freude daran haben. Heute wurde häufig über Vertrauen gesprochen. Stadtpräsident M. Künzle ist erstaunt, dass das Vertrauen offenbar nicht vorhanden ist. Die FDP hat zwei Leute im Stadtrat. Vertraut die Fraktion dem Stadtrat nicht, dass er die Finanzen nachhaltig ins Lot bringen kann? Die GLP/PP-Fraktion hat neu eine AK-Präsidentin. Sie wird die Geschicke der AK lenken. Vertraut die Fraktion der eigenen Präsidentin in der AK nicht, dass gezielt Fachleute eingeladen werden und ein Thema gezielt behandelt wird? Warum glauben die Fraktionsmitglieder nicht daran, dass die AK das schafft. Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass es keine Spezialkommission braucht. Es ist klar, der Stadtrat hat das Gefühl, dass ihn das Parlament am Händchen nehmen will. Der Stadtrat hat gute Arbeit geleistet. Er wird auch weiterhin gute Arbeit leisten. Alle sind sich in einem Punkt einig, die Finanzen gehören zu den wichtigsten Themen. Wenn die Stadt die Finanzen nicht in den Griff bekommt, wird die weitere Entwicklung der Stadt problematisch. Der Stadtrat ist nicht bereit einfach zuzuschauen. Der erste Tatbeweis hat er bereits erbracht. Er will mit dem Parlament einen guten Austausch pflegen. Die Stadträtinnen und Stadträte werden in der AK die Strategie besprechen. Dazu braucht es eine starke AK aber keine Spezialkommission.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Beschlussantrag abstimmen.

Der Rat lehnt den Beschlussantrag 2013/115 ab. Das Geschäft wird als erledigt abgeschrieben.

19. Traktandum

GGR-Nr. 2013/059: Begründung der Motion St. Feer (FDP), H. Keller (SVP), K. Cometta (GLP/PP) und F. Albanese (CVP) betreffend Verzicht auf Stadtgärtnerei als eigenständige Organisationseinheit

St. Feer (FDP): Es gibt zwei Gründe, die zu dieser Motion geführt haben. Der eine Grund ist die schwierige Finanzsituation der Stadt Winterthur. Die Stadt ist gezwungen sich auf die Kernaufgaben zu konzentrieren. Der andere Grund ist das Sparpotential, das die FDP bei der Stadtgärtnerei sieht. Es handelt sich nicht um eine Kernaufgabe der Stadt, auch wenn die Stadt Winterthur immer wieder als Gartenstadt bezeichnet wird. Im Übrigen können die Leistungen der Stadtgärtnerei von den lokalen und regionalen Gärtnereien relativ einfach übernommen werden. Durch eine sorgfältige Ausgliederung von nicht zentralen Tätigkeiten

kann die Kostenstruktur der Stadt entschieden verändert werden und es können gezielt Einsparungen generiert werden. Die Motionäre gehen davon aus, dass folgende Einsparungen realisiert werden können: Pflanzenproduktion und Floristik ca. 40 bis 50 %, Grünpflege bis 25 %, Grab- und Friedhofspflege, die noch nicht an Dritte vergeben wurde, bis 25 %. Bei der Baumpflege sehen die Motionäre die geringsten Einsparungsmöglichkeiten von 0 bis 10 %. In diesen Prozentzahlen sind die Einsparungen im nachgelagerten Prozess in der Stadtverwaltung noch nicht eingerechnet. Man kann davon ausgehen, dass weitere Einsparungen generiert werden können, wenn man die Auslagerung sorgfältig aufgleist. Die Motion sieht keine Ausgliederung der sensiblen oder hoheitlichen Tätigkeiten vor. Die hoheitlichen, wie auch die sensiblen Tätigkeiten sind als ein in sich sinnvolles Ganzes einer bereits bestehenden Organisationseinheit zuzuweisen. Für die Marke Gartenstadt gilt, dass die Kompetenzen so gesichert werden müssen, dass die Weiterentwicklung der Gartenstadt garantiert ist, dies nicht nur in Bezug auf die Ziele, die Strategie oder Projektierung, sondern auch in Bezug auf die Gesetzgebung und deren Umsetzung und Einhaltung – so zum Beispiel die Vorgartenverordnung oder die Bauschutzzonen. Die vorliegende Motion ist klar formuliert, sagt was gemacht werden muss und hilft kurz-, mittel- und langfristig die Stadtfinanzen zu stärken. Die FDP-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, der Überweisung der Motion zuzustimmen.

K. Bopp (SP): Es scheint, dass Privatisierungsforderungen zum guten Lebenslauf eines bürgerlichen Politikers gehören. St. Feer (FDP), K. Cometta (GLP), F. Albanese (CVP) und H. Keller (SVP) haben diese Anforderung erfüllt. Die Diskussion muss auf zwei Ebenen geführt werden. Die eine Ebene ist die rein inhaltliche Ebene. Die Frage ist, soll die Stadtgärtnerei ausgelagert werden oder nicht. Die andere Ebene ist der Zeitpunkt. Macht es Sinn kurz vor einer umfassenden Strukturprüfung die Verwaltung mit diesem Anliegen, isoliert von der Gesamtsicht, zu beschäftigen? Die Antworten auf die Fragen zum Zeitpunkt drücken die inhaltlichen Fragen etwas in den Hintergrund. Viele Vorzüge, die eine Stadtgärtnerei gegenüber privaten Anbietern hat, sind nicht oder nur schwer quantifizierbar. K. Bopp denkt vor allem an die niederschweligen Arbeitsplätze, die Einflussmöglichkeiten etc. Obwohl diese Faktoren in der Rechnung kaum berücksichtigt werden können, ist es fraglich, ob sich eine Auslagerung finanziell lohnen würde. Im Januar 2006 ist die Interpellation 2006/008, Kostenvergleich Stadtgärtnerei – Privatunternehmungen, eingereicht worden. Der Stadtrat hat die Fragen betreffend Kostenvergleich beantwortet. Die Antwort wurde dem Gemeinderat am 29. März 2006 vorgelegt. Der Stadtrat hat sachlich dargelegt, dass Privatunternehmungen den Unterhalt der betrachteten Objekte nicht günstiger anbieten können als die Stadtgärtnerei. Das leuchtet ein und ist nachvollziehbar. Der Aufwand für Ausschreibung und Kontrolle muss mit ca. 10 % eingerechnet werden. Die Stadt müsste zudem 8 % Mehrwertsteuer bezahlen. Allein aufgrund dieser beiden Faktoren müsste ein Privatunternehmen rund 20 % effizienter arbeiten als die Stadtgärtnerei. Das ist kaum möglich. Um eine neue Prüfung zu rechtfertigen, müssten sich die Rahmenbedingungen ändern. Nur dann wäre ein anderes Resultat zu erwarten. Das ist nicht gegeben. Deshalb muss die SP diesen Vorstoss auch inhaltlich ablehnen.

Politische Komponente: Ist es eine Aufgabe der Stadt eine eigene Gärtnerei zu betreiben? K. Bopp hält die Frage für verfrüht, weil sie sich im Rahmen der Strukturüberprüfung automatisch stellen wird und mit einem ganzheitlichen Blickwinkel besser beantwortet werden kann. Wenn der Gemeinderat jetzt nein sagt, ist das nicht zwingend ein Bekenntnis zur Stadtgärtnerei oder dazu, dass die Auslagerung abgelehnt wird, sondern ein Bekenntnis dazu, dass diese Frage im Zusammenhang der ausstehenden Strukturüberprüfung besser beantwortet werden kann. Die SP stellt aus diesem Grund einen Ablehnungsantrag und hofft auf grosse Unterstützung.

W. Langhard (SVP): Die SVP wird der Überweisung der Motion zustimmen. Die ablehnenden Argumente erinnern W. Langhard an die Diskussion um die Zusammenlegung von Feuerwehr und Zivilschutz. Es waren ebenfalls mehrere Anläufe notwendig, bis die Stadt gemerkt hat, dass das der richtige Weg ist und dass Einsparungen möglich sind. Aus diesem Grund ist die SVP der Meinung, dass der Zeitpunkt richtig ist – vor allem was die Finanzlage angeht. Der Stadtrat soll sich überlegen, wie die Stadtgärtnerei neu organisiert werden kann. Was kann ausgelagert werden und was soll bei der Stadt bleiben? Es werden weitere

Aufgaben auf die Stadtgärtnerei zukommen – zum Beispiel die Bewirtschaftung und der Unterhalt von neuen Parkanlagen. W. Langhard denkt dabei an Neuhegi und Grüze oder an das Werk 1 auf dem Sulzerareal Stadtmitte. Viele Arbeiten können an private Unternehmer vergeben werden. Die Stadt könnte daraus einen Nutzen ziehen. Strategie und Projektierung bleiben weiterhin in der Verantwortung der Stadt. Das Ziel dieser Motion ist der Verzicht auf die Stadtgärtnerei als eigenständige Organisationseinheit, damit langfristig die Kosten gesenkt werden können.

K. Cometta (GLP/PP): Die Überprüfung, was zu den zentralen Staatsaufgaben gehört und was nicht, gehört zur Arbeit der Politiker, erst recht in einer finanziell angespannten Situation. Es drängt sich auf, zu prüfen, was zu den Kernaufgaben der Stadt gehört. Insofern ist der Zeitpunkt richtig gewählt. Es wurde gefragt ob diese Prüfung isoliert erfolgen soll. K. Cometta ist der Meinung, dass die Stadt irgendwo anfangen muss. Sie ist überzeugt, dass viele Arbeiten von privaten Anbietern gleich gut oder besser erledigt werden können. Sie stehen in einem Wettbewerb mit anderen Anbietern. Das ist in einem positiven Sinn gemeint. Die GLP/PP-Fraktion fordert mit dieser Motion vom Stadtrat primär eine saubere Auslegeordnung, inklusive einem Städtevergleich, der zeigt, was möglich und sinnvoll ist. Zudem soll er die Rahmenbedingungen aufzeigen, die notwendig sind. Es ist klar, dass nicht alles verselbstständigt werden muss. Hoheitliche Aufgaben, Planung, Strategiearbeiten, das Festlegen von Zielen und Konzepte müssen weiterhin von der Stadt geleistet werden. Auch sensible Bereiche, wie das Krematorium, müssen bei der Stadt bleiben. Mit diesem Vorstoss soll erreicht werden, dass die Synergien zwischen der Stadtgärtnerei und dem Forst besser genutzt werden. Die soziale Komponente wurde von K. Bopp erwähnt. Es stimmt, die Stadtgärtnerei übernimmt wichtige Aufgaben in Bezug auf die Ausbildung und die Integration von Menschen mit wenigen Ressourcen. Es ist aber bei der Vergabe von Aufträge möglich, dass die Stadt einen privaten Anbieter mit einer Leistungsvereinbarung dazu verpflichtet Lehrlinge auszubilden oder sozial Schwächere zu beschäftigen. Die GLP/PP-Fraktion befürwortet sowohl soziale Auflagen in Rahmen von Leistungsvereinbarungen, wie auch ökologische Kriterien. K. Cometta gibt folgendes zu Protokoll: Es geht der GLP/PP-Fraktion nicht darum, dass auf dem Heiligberg Luxusvillen gebaut werden können oder günstiger Wohnraum geschaffen werden kann. Die Grünliberalen werden nicht Hand bieten für den Verkauf dieser Anlage. Die GLP/PP-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, die Motion zu unterstützen, weil sie überzeugt ist, dass das Gewerbe viele Aufgaben besser und günstiger leisten kann. Sie verlangt eine saubere Auslegeordnung.

F. Albanese (CVP/EDU): Die Stadt Winterthur braucht eine schlanke Verwaltung – heute mehr denn je. Die Urheber dieser Motion fragen sich zurecht, ob eine Stadtgärtnerei als eigenständige Organisationseinheit in der heutigen Form zu den Kernkompetenzen einer Stadtverwaltung gehört oder nicht. Die CVP ist der Meinung, dass das nicht zu den primären und unabdingbaren Kompetenzen gehört, besonders dann nicht, wenn es sich eine Stadt finanziell nicht mehr leisten kann. Als einzige Ausnahme soll es der Stadt erlaubt sein, in sensiblen Bereichen von einer Auslagerung abzusehen. Das ist auch in der Begründung festgehalten. F. Albanese verdeutlicht die Ansicht der CVP mit einem bildlichen Vergleich. Wenn ein Bergsteiger neue und höhere Gipfel bezwingen will, muss er sich gut vorbereiten und seinen Rucksack nur mit dem Nötigsten füllen, damit er nicht zu viel Gewicht tragen muss. Er muss sich auch seiner Fitness bewusst sein und die Höhe der Berge sorgsam aussuchen, damit auch für Unvorhersehbares genügend Reserven vorhanden sind. Essentiell ist der Inhalt des Rucksacks, der so schlank wie möglich sein muss, das trifft auch auf eine Verwaltung zu. Bei einer Exkursion auf den Mount Everest darf das Gepäck nicht mit unnötigem Luxus gefüllt werden, weil das Gewicht die Kraftreserven aufzehren würde. Die Stadt Winterthur hat in der Vergangenheit, im übertragenen Sinn, versucht einige Gipfel zu erstürmen. Die letzte Exkursion ist glimpflich verlaufen aber nicht ohne Schaden. Der Bergsteiger mit den zwei roten Löwen auf der Brust hat sich unter anderem von einem Unwetter überraschen lassen. Er hat sich von seinen Kraftreserven langsam verabschieden müssen und musste ein Biwak beziehen. Dabei hat er Erfrierungen erlitten, die er jetzt auskurieren muss. Leider wird für die vollständige Genesung, je nach Verlauf, eine Amputation notwendig werden. Angesichts des Risikos, dass diese Erfrierungen weitere Schäden verursachen können,

ist eine Amputation das kleinere Übel, auch wenn es schmerzvoll bleibt. Analog könnte die Situation auf die Stadt übertragen werden. Die CVP betont, dass sie es nicht ausschliesslich auf die Stadtgärtnerei abgesehen hat. Die Fraktion verspricht sich mit der Überweisung der Motion, dass der Stadtrat Alternativen aufzeigen kann, wo Auslagerungen ebenfalls Sinn machen. Die CVP-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, die Überweisung zu unterstützen.

L. Banholzer (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion lehnt die Überweisung der Motion mit Überzeugung ab. Die Stadtgärtnerei ist eine wichtige Dienststelle, die dafür sorgt, dass die Gartenstadt Winterthur ihren Ruf verdient. Friedhofpflege, Baumpflege, Unterhalt der Parkanlagen, Naturschutz, Gestaltung von Freiräumen und vieles mehr sind Aufgaben, die von der Stadtgärtnerei wahrgenommen werden. Jetzt wollen die Motionäre die meisten Aufgaben Privaten übergeben lediglich die strategische Führung, die Projektierung und die Konzeption sollen bei der Stadt bleiben. Hauptsächlich mit der Auslagerung der Handarbeiten soll für die Stadt ein Plus in der Stadtkasse generiert werden. Die EVP/BDP-Fraktion glaubt nicht daran, dass die Stadt auf diesem Weg günstiger fährt. Private wollen einen Gewinn erzielen, den ein städtischer Betrieb nicht anstreben muss. Dieser Gewinn soll bei gleichem Pflichtenheft erzielt werden. Das gelingt nur, wenn die Angestellten günstiger arbeiten, als bei der Stadt. Der Gartenbau ist eine Tieflohnbranche. Private Anbieter werden voraussichtlich vor allem schlecht bezahlte Stellen schaffen, um tiefe Preise zu gewährleisten. Für diese Tieflohnstellen ist es schwierig inländische Arbeitnehmer zu finden. Das ist bekannt. Vermutlich müssten die Leute teilweise aus dem Ausland rekrutiert werden. Deshalb ist die Unterstützung der SVP erstaunlich. Ausserdem können heute in der Stadtgärtnerei Menschen mit wenigen Ressourcen durch Arbeitseinsätzen einen Teil ihrer Lebenskosten selber verdienen. Ob private Arbeitgeber dazu Hand bieten werden, ist eher unwahrscheinlich. Es gibt keine grosse Stadt in der Schweiz, die auf eine eigene Gärtnerei verzichtet. Es ist sehr wohl eine hohe Aufgabe, den öffentlichen Raum zu prägen und zu pflegen. Deshalb will die EVP/BDP-Fraktion weiterhin eine Stadtgärtnerei und diese Aufgabe nicht Privaten überlassen.

D. Berger (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die Überweisung dieser Motion klar ab. Sie bekennt sich zur Stadtgärtnerei als eigenständige Organisationseinheit und ist gegen deren Zerschlagung. Schliesslich will die Motion nichts anderes. Nur darauf zu achten, was eine Pflichtaufgabe ist und was nicht, wird der Sache nicht gerecht. Der Gemeinderat muss die Konsequenzen eines Entscheids einbeziehen. Gegen diese Motion sprechen zum einen die ökologische und zum anderen die soziale Funktion der Stadtgärtnerei. Wenn die Stadtgärtnerei städtisch bleibt, können sowohl die ökologischen wie auch der sozialen Aspekt besser gesichert werden. Natürlich kann man Privaten entsprechende Auflage machen aber das wird einen Mehraufwand verursachen. Allgemein wird es mehr Leerläufe geben. Die Stadt muss die Arbeiten ausschreiben, die Aufträge überprüfen und kommunizieren etc. Dadurch erhöht sich der Aufwand, was keinen Sinn macht. Wenn Arbeiten ausgelagert werden, ist, je nach Auftrag, ein Submissionsverfahren notwendig. Bei einer gewissen Auftragshöhe kann es durchaus sein, dass die Aufträge auch von ausländischen Firmen ausgeführt werden. Das freut zwar die lokale Hotellerie, wenn sie ausländische Arbeiter für einige Wochen beherbergen können. Es müsste aber im Sinn der Motionäre sein, dass die Arbeitsplätze in Winterthur bleiben. Ein weiterer Punkt ist die Sicherheit. Die Probleme mit dem Laubholzbockkäfer zeigen, wie wichtig die Grundversorgung ist. Es ist auch zentral, dass die Leute die Anlagen kennen und rechtzeitig reagieren können, damit kann ein Notfallszenario vermieden werden kann. Der letzte Punkt bezieht sich auf die Finanzen. Die Stadtgärtnerei hat ihre Bilanz in den letzten Jahren fortlaufend optimiert. Ob wirklich ein Sparpotential vorhanden ist und zu welchem Preis, ist fraglich. Die Stadtgärtnerei kann zudem Synergien nutzen. In anderen Städten werden die Arbeiten ebenfalls von einer städtischen Organisation ausgeführt. Ob wirklich etwas zu holen ist, ist fraglich. Die Motionäre sind sich offenbar nicht sicher, ob das der Fall ist. Unter dem Strich ist diese Motion ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeitenden der Stadtgärtnerei. Die Leute machen einen guten Job. Mit der Auslagerung geht die Stadt Risiken ein, in der Hoffnung auf einen kleinen theoretischen Gewinn und aus purer Ideologie. Die Stadt soll nur das machen was sie unbedingt muss und den Rest Privaten überlassen – egal ob das Sinn macht oder nicht. Der mögliche Gewinn ist das Risiko nicht wert. Die Grüne/AL-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, die Überweisung abzulehnen.

S. Stierli (SP): Die SP hat bereits früher erklärt, dass die Stadtgärtnerei weiterhin eine eigenständige Einheit bleiben soll. Das ist gerechtfertigt durch die Aufgaben und die Grösse der Stadtgärtnerei. Die Motionäre haben versucht, ihre Absichten etwas zu beschönigen. Sie schreiben, dass eine Auslagerung geprüft werden soll. St. Feer hat aber klar gesagt – und so steht es auch in der Motion – was aufgegeben werden muss, nämlich die Pflanzenproduktion, die Floristik, die Grünpflege, die Grab- und Friedhofspflege sowie die Ausführung Baumanagement. Diese Aufgaben müssen an Private vergeben werden. Mit der Motion wird nicht nur eine Prüfung gefordert. Die Absichten dürfen nicht beschönigt werden. Die SP lehnt die Motion ab, dafür gibt es viele Gründe. Ein Grund sind die Arbeitsplätze für junge Leute, die keinen Job finden oder für ältere Gärtner, die in der Privatwirtschaft keine Arbeit mehr finden aber über viel Erfahrung verfügen und eine Beziehung zu den Leuten in den Parks haben. Viele Gründe sprechen für die Stadtgärtnerei, die deshalb erhalten werden soll. Weil diese Abstimmung so wichtig ist – man will ein Symbol von Winterthur schleifen – beantragt die SP eine Abstimmung mit Namensaufruf.

St. Feer (FDP): Der Zeitpunkt wurde als Begründung für eine Ablehnung angeführt. Es wurde erklärt, diese Motion sei nicht nötig aufgrund der Finanzstrategie des Stadtrates. St. Feer kennt diese Strategie nicht und will nicht die Katze im Sack kaufen. Es ist richtig, es gibt einen gewissen Vertrauensbruch zwischen dem Parlament und dem Stadtrat. Ein Veränderungsprozess bringt auch eine Wertediskussion mit sich.

Ch. Baumann (SP): Es wird argumentiert, dass mit einer Privatisierung Kosten gespart werden können. Der Ausschreibungsaufwand, die Mehrwertsteuer, der Gewinn für die Unternehmungen werden die Arbeit verteuern. Zudem werden auch Löcher entstehen. Ein Beispiel hat Ch. Baumann erlebt. Im Rahmen eines Schulhausbaus wurde das Pflanzen von Bäumen extern ausgeschrieben. Die notwendige Pflege konnte aber nicht erbracht werden. Fakt ist, dass die Hälfte der Bäume abgestorben ist und nachgepflanzt werden musste. Auch die Aufräumarbeiten in den Parkanlagen müssen den Gegebenheiten angepasst werden, damit die Sauberkeit gewährleistet ist. Man meint, dass ein Gewinn möglich ist, die Stadt wird aber einen grossen Teil der Lebensqualität verlieren.

Stadtrat M. Gfeller: Die Stadt wurde mit einer Expedition auf den Mount Everest verglichen. Stadtrat M. Gfeller ist nicht klar, warum man ihm das Bergsteigen beibringen will und Erfrierungen sind oft die Folge davon, dass zu wenig in den Rucksack gepackt wurde. Was bezweckt diese Motion? Einzelne Referentinnen und Referenten haben argumentiert, als ob diese Motion ein Postulat wäre. Sie haben verlangt, dass der Stadtrat eine Auslagerung prüfen soll. Das ist aber nicht ganz ehrlich, weil eine Motion überwiesen werden soll. Das Vertrauen wurde heute Abend angesprochen. Der Gemeinderat kann darauf vertrauen, dass der Stadtrat die Strukturen überprüfen wird. Er wird auch überprüfen ob Forstbetrieb und Stadtgärtnerei zusammengelegt werden können. Diese Überprüfung erfolgt unabhängig von der Überweisung der Motion. Das Submissionswesen ist eine heikle Sache. Einige Vorstellungen darüber muss der Stadtrat widerlegen. K. Bopp hat aufgezeigt, dass zwei Ebenen diskutiert werden müssen. Auf der Ebene der Struktur muss vieles geprüft werden. Das wird der Stadtrat machen, auch wenn er das noch nicht im Detail schriftlich erläutern kann. Diese Prüfung wird aber weit über eine reine Finanzstrategie hinausgehen. Im Rahmen des Entlastungsprogramms Balance sind strukturelle Überprüfungen geplant. Der Stadtrat will aber eine saubere Analyse und keine Schnellschüsse. Er will auch nichts zurechtstutzen bevor der ganze Baum analysiert ist. Die Frage einer Fusion von Forstbetrieb und Stadtgärtnerei wird im Rahmen der Strukturüberprüfungen genauer angeschaut. Der Gemeinderat kann dem Stadtrat vertrauen. Im Protokoll werden diese Aussagen festgehalten.

Operativ Ebene: Über einige Dinge muss man sich bewusst sein. 4 von 5 Friedhöfen werden bereits von privaten Gärtnereien gepflegt und bewirtschaftet. Das funktioniert gut, bedeutet aber alle 3 bis 4 Jahre einen erheblichen Mehraufwand, weil die Arbeiten ausgeschrieben werden müssen. Das ist nicht ganz einfach. Wenn jetzt erklärt wird, dass die Stadtgärtnerei nur noch Ausschreibungen machen soll, sich aber nicht mehr um die Pflege der Friedhöfe kümmern soll, besteht die Gefahr, dass Schreibtischtäter-Ausschreibungen resultieren. Es ist

nie gut, wenn Leute Ausschreibungen machen, die vom Metier keine Ahnung haben. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadtgärtnerei einen Friedhof, zurzeit ist das der Friedhof Rosenberg, weiterhin selber pflegt und bewirtschaftet. Diese Erfahrungen erlauben es der Stadtgärtnerei, seriöse Ausschreibungen zu machen. Der Stadtrat hat bewusst nicht alle 4 Vorortsfriedhöfe zusammen ausgeschrieben. Das Risiko, dass die Summe die Schwelle überschreitet und die WTO-Richtlinien greifen, ist zu gross. Die Friedhöfe werden deshalb bewusst einzeln ausgeschrieben und können auch von mehreren Gärtnern gemeinsam bewirtschaftet werden. Damit spielt die Konkurrenz aber kaum mehr eine Rolle. Das Winterthurer Gewerbe kann sich gut organisieren. Das hat bisher immer gut funktioniert. Das geht aber nur, wenn kompetente Leute mit Praxiserfahrung in der Stadtgärtnerei arbeiten. Bis zu einem gewissen Grad ist das gleiche Vorgehen auch für Schulanlagen möglich. Das kann durchaus geprüft werden. Stadtrat M. Gfeller warnt davor, Ausschreibungen über grosse Summe zu machen, weil die Stadt verpflichtet werden kann, einen Auftrag ins Ausland zu vergeben. Nicht alle Winterthurer Gärtnereien sind Anhänger von grossen Ausschreibungen. Wenn die Stadtgärtnerei so stark abgespeckt wird, dass ein Grossauftrag ausgeschrieben werden muss, kann die Stadt nicht verlangen, dass das Lehrlingswesen mit berücksichtigt wird. Das Kriterium Lehrlingswesen existiert im Rahmen von internationalen Ausschreibungen nicht.

Ein wichtiger Punkt sind die Sozialstellen. Es ist richtig, in der Stadtgärtnerei arbeiten viele Leute im Tieflohnbereich. Es handelt sich um Leute, die kaum in privaten Gärtnereien angestellt würden. Diese Stellen wurden über Jahre aufgebaut. Es braucht auch Leute die geeignet sind mit sozial schwachen Leuten zu arbeiten. Dafür gibt es in der Stadtgärtnerei eine spezielle Arbeitsgruppe. Über Jahre hat sich dieser Aspekt positiv entwickelt. Die Stadt arbeitet auch mit HEKS-Visite zusammen. Die Stadtgärtnerei ist eine gute Partnerin des Hilfswerks der evangelischen Kirche der Schweiz, das Jobs für sozial schwache Leute anbietet. Bisher hat der Stadtrat immer positive Rückmeldungen erhalten. Wenn der Gärtnereibetrieb ausgelagert und die Treibhäuser geschlossen werden, ist das Risiko gross, dass über grössere Distanzen Transporte durchgeführt werden müssen. Es ist nicht sicher, ob das Angebot, das die Stadtgärtnerei produziert, in der näheren Umgebung vorhanden ist. Das Land, das die Stadtgärtnerei bei einer Auslagerung nicht mehr benötigen würde, will der Stadtrat aber nicht einfach in die Bauzone umzonen und allenfalls zur Überbauung freigeben. Damit würde sich die Stadt in eine fatale Sackgasse begeben. In einigen Voten wurde ein Vergleich mit anderen Städte gefordert, vor allem von Ratsmitgliedern, die eher zu einem Postulat tendieren. Dem Stadtrat ist keine Stadt in vergleichbarer Grösse bekannt, die nicht eine eigenständige Stadtgärtnerei hat. Selbst eine Fusion der Stadtgärtnerei mit dem Forstbetrieb wäre pionierhaft in der Schweiz. Das ist denkbar aber nicht zwingend, wenn man Winterthur mit anderen Städten vergleicht. Selbst Kreuzlingen verfügt über eine eigene Stadtgärtnerei. Dort ist ein innovativer Stadtgärtner am Werk, der den Tourismus fördert.

In Form einer Postulatsantwort ist Stadtrat M. Gfeller gerne bereit Erfahrungen und Beispiele aus anderen Städte vorzulegen. Die Stadt wird zudem über Benchmarks seit Jahren mit anderen Städten verglichen. Winterthur muss diesen Vergleich nicht scheuen. Die Stadtgärtnerei erhält regelmässig gute Noten. Sie hat bei tendenziell steigenden Grünflächen Personal abgebaut. Auch die Gerätschaften werden effizient eingesetzt. Die Zahlen können mit anderen Stadtgärtnereien in der Schweiz verglichen werden. Das Submissionswesen könnte zu einem Bumerang werden und macht nur Sinn, wenn man etwas vom Metier versteht. Wenn ein Privater die gleiche Arbeit übernimmt, will er damit Geld verdienen und die Stadt müsste 8 % Mehrwertsteuer bezahlen. Die Stadtgärtnerei ist von der Mehrwertsteuer befreit, solange sie interne Aufträge annimmt. Das ist heute der Fall, weil das private Gewerbe nicht konkurrenziert werden soll. Stadtrat M. Gfeller warnt vor grossen Erwartungen, falls die Motion überwiesen wird. Der Stadtrat wüsste gerne woher St. Feer die Prozentzahlen hat. Stadtrat M. Gfeller ist der Meinung, dass diese an der Grenze zum Abenteuerlichen sind. Einige Gründe hat der Stadtrat genannt, warum Zweifel an dieser Rechnung angebracht sind. Mit der Motion soll auf die Stadtgärtnerei als selbständige Organisationseinheit verzichtet werden. Wenn diese Motion überwiesen wird, weckt man falsche Erwartungen. Die Praxis hat gezeigt, was möglich ist. Der Wille war bereits in der Vergangenheit vorhanden, Private Aufträge zu vergeben. Verschiedenen Firmen arbeiten für die Stadtgärtnerei. Die Zusammenarbeit funktioniert gut, weil auf beiden Seiten Leuten arbeiten, die das Metier gut kennen.

Stadtrat M. Gfeller warnt vor einem Eigengoal und ruft den Gemeinderat auf, dem Stadtrat zu vertrauen. Er wird die versprochenen Überprüfungen vornehmen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag auf Namensaufruf abstimmen.

Der Rat stimmt den Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über die Überweisung der Motion 2013/059, Verzicht auf die Stadtgärtnerei als eigenständige Organisationseinheit, abstimmen.

	Ja	Nein		Ja	Nein
Christoph Baumann (SP)		X	Stefan Feer (FDP)	X	
Christa Benz – Meier (SP)		X	Felix Helg (FDP)	X	
Felix Biegel (SP)		X	Urs Hofer (FDP)	X	
Kaspar Bopp (SP)		X	Thomas Leemann (FDP)	X	
Bea Helbling-Wehrli (SP)		X	Christoph Magnusson (FDP)	X	
Roland Kappeler (SP)		X	David Schneider (FDP)	X	
Regula Keller (SP)		X	Markus Wenger (FDP)	X	
Betty Konyo Schwerzmann (SP)		X			
Fredy Künzler (SP)		X	Katrin Cometta-Müller (GLP)	X	
Felix Landolt (SP)		X	Rahel Comfort (GLP)	X	
Selina Madianos (SP)		X	Silvia Gygax-Matter (GLP)	X	
Ursina Meier (SP)		X	Beat Meier (GLP)	X	
Silvana Näf (SP)		X	Annetta Steiner (GLP)	X	
Maria Sorgo (SP)		X	Martin Zehnder (GLP)	enthalten	
Silvio Stierli (SP)		X	Michael Zeuglin (GLP)	X	
			Marc Wäckerlin (PP)	X	
Norbert Albl (SVP)	---	---			
Gabi Gisler-Burri (SVP)	X		Jürg Altwegg (Grüne)		X
Hansrudolf Hofer (SVP)		X	Reto Diener (Grüne)		X
Rolando Keller (SVP)	---	---	Christian Griesser (Grüne)		X
Walter Langhard (SVP)	X		Anita Hofer (Grüne)	---	---
Chantal Leupi (SVP)	X		Dominique Schraft (Grüne)		X
Urs Obrist (SVP)	X		David Berger (AL)		X
Daniel Oswald (SVP)	X		Katrin Gander (AL)		X
Pacsal Rütsche (SVP)	X				
Doris Steiner (SVP)	enthalten		Lilian Banholzer (EVP)		X
Werner Steiner (SVP)	X		Nik Gugger (EVP)		X
Marco Thurnherr (SVP)	X		Barbara Günthard Fitze (EVP)	---	---

Marcel Trieb (SVP)	X		Christian Ingold (EVP)		X
Zeno Dähler(EDU)	X		Franco Albanese (CVP)	X	
			Matthias Baumberger (CVP)	X	
Yvonne Gruber (BDP)		X	Klaus Brand (CVP)	enthalten	
			Werner Schurter (CVP)	X	

Der Rat stimmt der Überweisung mit 27 zu 26 Stimmen und 3 Enthaltungen zu. Damit ist die Motion überwiesen.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B2012/150, CEKA geb. MUSTAFI Idije, geb. 1974, mazedonische Staatsangehörige

Th. Leemann (FDP): Die Bürgerrechtskommission hat Frau Ceka befragt. Die Kommissionsmitglieder haben festgestellt, dass ihre Deutschkenntnisse noch nicht genügen. Die Bürgerrechtskommission stellt mit 7 zu 0 Stimmen den Antrag Frau Ceka um ein weiteres Jahr zurückzustellen, damit sie ihre Deutschkenntnisse verbessern kann.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

2. B2013/012: THANGANAYAGAM Suganthiran, geb. 1970, und Ehefrau SUGANTHIRAN geb. SIVAPATHALINGAM Shanthavathani, geb. 1974, mit Kindern SUGANTHIRAN Shilbiya, geb. 1998, und SUGANTHIRAN Samjutha, geb. 2006, srilankische Staatsangehörige

Th. Leemann (FDP): Die Familie Thanganayagam wurde in der Bürgerrechtskommission befragt und dabei haben die Kommissionsmitglieder festgestellt, dass die Deutschkenntnisse noch nicht genügen. Die Kommission stellt mit 4 zu 3 Stimmen den Antrag, die Familie um ein weiteres Jahr zurückzustellen, damit die Familienmitglieder ihre Deutschkenntnisse verbessern können.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

3. B2013/118: ALIJI Bujar, geb. 1973, mit Kindern Raonar, geb. 2010, und Erina, geb. 2011, mazedonische Staatsangehörige

Z. Dähler (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion stellt den Antrag Herrn Bujar Aliji mit seinen Kindern nicht einzubürgern. Seine Staatskundekenntnisse haben nicht überzeugt. Z. Dähler stellt einen Ablehnungsantrag und bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zu folgen.

N. Gugger (EVP/BDP): Die Staatskundekenntnisse sollen nicht genügt haben. Was genau hat nicht genügt?

M. Baumberger (CVP/EDU): Der Gemeinderat wurde ausdrücklich angewiesen im Rat keine Details zu den Einbürgerungen zu diskutieren. Genau aus diesem Grund hat Z. Dähler den Antrag nicht weiter begründet, weil die Sitzung öffentlich ist. Er ist Mitglied der Bürgerrechtskommission und muss den Antrag nicht weiter begründen. Zudem wird er den Antrag in der Kommission begründet haben. Ansonsten müsste die CVP/EDU-Fraktion die Präsidentin bitten, die Zuschauer auf der Tribüne aus dem Saal zu schicken. Was zwar etwas kompliziert aber durchaus möglich ist, wenn es nötig sein sollte.

M. Wäckerlin (GLP/PP) stellt fest, dass die Bürgerrechtskommission mit 5 zu 2 Stimmen die Aufnahme ins Bürgerrecht beantragt. Damit konnte der Antragsteller 5 Kommissionsmitglieder überzeugen. Das ist auch der Grund, warum diese Kommission eingesetzt wurde.

R. Keller (SP): Es ist eigenartig, dass nach einer Entscheidung mit 5 zu 2 Stimmen in der Kommission ein Ablehnungsantrag gestellt wird. Das Gesuch wurde diskutiert. R. Keller hat sich das Gespräch vergegenwärtigt. Es ist pure Willkür zu sagen, dass die Staatskundefkenntnisse nicht ausreichen, weil sie sich nicht wesentlich von anderen Bewerberinnen und Bewerbern unterscheiden. Eine Ablehnung zu beantragen, mit dem Argument, dass nicht über den Antrag diskutiert werden darf, findet R. Keller eigenartig.

Z. Dähler (CVP/EDU) beantragt eine Rückstellung nicht eine Ablehnung.

Ch. Benz (SP) schlägt vor, dass die Mitglieder der Bürgerrechtskommission sich zuerst mit den staatskundlichen Gegebenheiten auseinandersetzen, bevor sie Anträge stellen.

M. Trieb (SVP): Das Gesuch kann erst abgelehnt werden, wenn der Gesuchsteller drei Mal zurückgestellt worden ist. Erst dann wird ein Ablehnungsantrag gestellt. Als Mitglied der Bürgerrechtskommission stellt er den Antrag, den Gesuchsteller um 1 Jahr zurückzustellen.

R. Keller (SP) kann diese Diskussion nicht verstehen. In der Bürgerrechtskommission wurde der Fall beurteilt. Die Kommission beantragt mit 5 zu 2 Stimmen die Aufnahme ins Bürgerrecht. Diejenigen, die jetzt für eine Rückstellung plädieren, haben in der Kommission nicht in diesem Sinne geredet. R. Keller versteht nicht, warum es überhaupt eine Bürgerrechtskommission gibt. Man könnte die Einbürgerungen auch im Rat diskutieren. So geht es nicht.

M. Baumberger (CVP/EDU): Als Fraktionschef ist er der Meinung, dass jeder im Rat Anträge stellen kann. Das ist selbstverständlich. Man darf aber nicht im Rat Einzelheiten diskutieren, solange Zuschauer im Ratssaal sind. Wenn eine Gruppe in einer Kommission unterliegt, kann im Rat ein Antrag gestellt werden. Das wird oft gemacht. Dass man nicht gleicher Meinung ist, das ist so und muss akzeptiert werden.

T. Leemann (FDP) schlägt vor die Diskussion zu beenden und abzustimmen.

R. Keller (SP) stellt einen Ordnungsantrag: Der Saal soll geräumt und das Bürgerrechtsgesuch im Plenum diskutiert werden.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Ordnungsantrag abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag auf Aufnahme ins Bürgerrecht abstimmen.

Der Rat: 40 Ratsmitglieder stimmen der Aufnahme von Aliji Bujar mit den Kindern Raonar und Erina ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Rückstellungsantrag abstimmen.

Der Rat: 12 Ratsmitglieder stimmen für eine Rückstellung um 1 Jahr.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über die Ablehnung des Gesuchs abstimmen.

Der Rat: 5 Ratsmitglieder stimmen der Ablehnung des Gesuchs zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Damit ist Aliji Bujar mit den Kindern Raonar und Erina ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen.

- 4. B2013/146: CRUZ José Alberto, geb. 1976, und Ehefrau MARTINS TEIXEIRA CRUZ geb. MARTINS TEXEIRA Vera Lucia, geb. 1980, mit Kindern TEIXEIRA CRUZ Diego, geb. 2005, und TEIXEIRA CRUZ Leandra, geb. 2008, portugiesische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 5. B2013/148: FRA Guido Ivan, geb. 1956, und Ehefrau FRA geb. ERMUSMULA Kadriye, geb. 1959, italienische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 6. B2013/150: MAHMUD Ali, geb. 1974, und Ehefrau SHEIKHO Snober Jangir, geb. 1972, mit Kindern MAHMUD Agrin, geb. 2005, und MAHMUD Lorin, geb. 2007, irakische Staatsangehörige**
-

R. Keller (SP): Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 7 zu 0 Stimmen das Gesuch zu teilen und Frau Sheikho Snober Jangir um ein Jahr zurückzustellen. Ihre Kenntnisse der Deutschen Sprache und auch die staatspolitischen Kenntnisse reichen für eine Aufnahme nicht aus. Sie erfüllt damit die Anforderungen für eine Aufnahme nicht.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

R. Keller (SP): Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 7 zu 0 Stimmen die Aufnahme von Mahmud Ali mit Kindern Mahmud Agrin und Mahmud Lorin ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 7. B2013/152: ROSSBUND Patrick, geb. 1983, deutscher Staatsangehöriger**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2013/153: SAE-NGOW Siwalai, geb. 1984, thailändische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

9. B2013/154: SALIHAGIC geb. SEFEROVIC Lidija, geb. 1975, bosnischherzegowinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2013/156: TORRESANI Evelina Sonia, geb. 1963, italienische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2013/161: RUSTEMI Muhamed, geb. 1991, mit Kind Jusra, geb. 2011, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2013/163: XU Weiping, geb. 1962, und Ehefrau CHEN Hong-Qun, geb. 1962, österreichische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2013/169: PICCIRILLO Franco, geb. 1986, italienischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2013/170: UGRINIC Dalibor, geb. 1988, serbischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2013/171: UTESCH Martin Siegfried, geb. 1967, und Ehefrau UTESCH geb. SIEGLING Doris Ruth, geb. 1972, mit Kindern Michelle Hanna, geb. 2002, und Isabelle Franziska, geb. 2006, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2013/172: ALITI Hajriz, geb. 1963, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

17. B2013/184: YENTAR Saban, geb. 1977, und Ehefrau YENTAR Binevs, geb. 1982, mit Kindern Dilber, geb. 1998, Roni, geb. 2005, Derya, geb. 2008, und Diren, geb. 2008, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2014/070: KARATAS Firat, geb. 2000, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze gratuliert allen eingebürgerten Personen und wünscht ihnen alles Gute auf dem weiteren Weg.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

B. Günthard Fitze (EVP)

M. Wenger (FDP)

R. Keller (SVP)